

1

2

Beschlussbuch der Bezirkskonferenz

3

4

26.11.2006

5

6 Antrag 1) Leitantrag - Programm debattieren ... what's left?

7 Antrag 2) umfassende Familienpolitik für alle

8 Antrag 3) Bessere Kinderbetreuung in Bayern

9 Antrag 4) Gesundheitsreform – Verhandlungsspielraum ausnutzen

10 Antrag 5) Keine dritte Startbahn – den Größenwahn im Erdinger Moss stoppen!

11 Antrag 6) Ausbildungsplatzmangel

12 Antrag 7) Verantwortung nachkommen – Nichtraucher schützen

13 Antrag 8) Probleme mit der Arbeitsagentur

14 Antrag 9) Nein, zur Privatisierung der Bahn

15 Antrag 10) Wider dem gesellschaftlichem Rollback

16 Antrag 11) Stop dem Amoklauf der Landhausmode

17 Antrag 12) „Soziale Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld I – für Jung und Alt!“

18 Antrag 13) Mittel gegen Rechtsextremismus

19 Antrag 14) Nachhaltige Energiepolitik für die Zukunft

20 Antrag 15) Arbeiterpartei statt Arbeitskreispartei

21 Antrag 16) Guten Appetit!

22

23

24

25

26

27

1

1

1 Antragsteller: Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

2 Adressaten: Generalsekretär, Programmkommission, Landeskonferenz der Jusos

3 Bayern, Ulrike Mascher, Bezirksparteitag der SPD

4 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

5

6 **1. Programm debattieren ... what´s left?**

7

8 **Allgemeine Bemerkungen**

9

10 Dieser Antrag bezieht sich ausdrücklich auf die Veröffentlichung des Parteivorsitzenden
11 „Leitsätze auf dem Weg zum Grundsatzprogramm der SPD vorgelegt am 24.4.2006“
12 (im folgenden „Leitsätze“) und die Publikation der Programmkommission „Kommentierte
13 Gliederung für den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD“ (im folgenden
14 „kommentierte Gliederung“). Wenn beide Veröffentlichungen gemeint sind, ist von
15 „vorliegenden Papieren“ die Rede.

16 Die Forderung nach einem neuen Grundsatzprogramm wurde vor allem mit vier
17 wesentlichen Umwälzungen seit der Verabschiedung des Berliner Programms
18 begründet:: der Gründung der Europäischen Union, der Wiedervereinigung, der neuen
19 Welthandelsordnung, der Kriegsführung jenseits von Selbstverteidigung. Die Antworten
20 auf diese Herausforderungen enttäuschen: Stellenweise lesen sich die vorliegenden
21 Papiere wie eine Wunschliste der Bundesregierung. Als besonders merkwürdige
22 Wünsche seien genannt: die Steuerfinanzierung des Gesundheitssystems, die
23 Einführung des Europäischen Verfassungsvertrags, die Pflicht zur privaten
24 Rentenversicherung, eine implizite Forderung nach Studiengebühren. Wir halten nichts
25 davon, die Regierungspraxis der letzten Jahre in ein Grundsatzprogramm
26 einzuschreiben und es auf diese Weise zu einem Regierungshandbuch verkommen zu
27 lassen.

28 Wir fordern ein Programm, dass...

29

30 - die nächsten 20 Jahre überdauert

31

32 - Mitgliedern Ziele nennt, mit denen sie sich identifizieren können und für die es
33 sich zu kämpfen lohnt

34

35

- 1 - SozialdemokratInnen im politischen Alltag als Kompass dient, egal ob die Partei
2 einer Regierung einer beliebigen Koalition oder der Opposition angehört.
3
4 - BürgerInnen erklärt, was eine sozialdemokratisch geprägte Welt von den
5 bestehenden Verhältnissen unterscheidet und wie sich die sozialdemokratische
6 Sicht der Welt von der anderer Parteien unterscheidet

8 **Unsere Grundwerte / Wider die „soziale Demokratie“**

9
10 Wir begrüßen es, dass in der kommentierten Gliederung die Grundwerte Freiheit,
11 Gerechtigkeit und Solidarität als gleichrangige und einander bedingende Grundwerte
12 der Sozialdemokratie benannt werden. Wir missbilligen aber den Versuch, den
13 „demokratischen Sozialismus“ zum historischen Relikt zu erklären und durch einen
14 neuen Begriff „soziale Demokratie“ zu ersetzen. Perfide daran ist, dass stellenweise so
15 getan wird, als habe es diesen Begriff schon immer gegeben („die historische Mission
16 der Sozialen Demokratie war und ist“). Die Inhalte dieses neuen Begriffs bleiben vage,
17 er scheint aber nur die heutigen Zustände zu beschreiben, damit gleichsam den Status
18 Quo zu bekräftigen. Der demokratische Sozialismus dagegen ist ein Begriff in kritischer
19 Absicht: eine Leitvorstellung, die sich am gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft reibt
20 und ihr neue Impulse vermitteln soll.

22 **Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert**

23
24 Wieso halten es die Autoren der kommentierten Gliederung für nötig zu erwähnen, dass
25 die Grundwerte „unter den Bedingungen der jeweiligen Zeit in politische Praxis zu
26 übersetzen und politisch umzusetzen“ sind? Die Feststellung ist so trivial, dass wir
27 befürchten, dass damit eine Verwässerung bzw. Relativierung der Grundwerte erreicht
28 werden soll.

30 **Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung**

31
32 Es erschreckt uns, dass im Kapitel „Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung“ der
33 kommentierten Gliederung eine „realistische Friedenspolitik“ angestrebt wird und dann
34 aufgefordert wird „dass man sich überlegen muss, welche Bedingungen erfüllt sein
35 müssen, um militärische Interventionen zu legitimieren“. Wir fordern, folgende Sätze
36 aus dem Berliner Programm beizubehalten: Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein;

1 dies gilt erst recht im Zeitalter atomarer, chemischer und biologischer
2 Massenvernichtungswaffen. Frieden bedeutet nicht nur das Schweigen der Waffen,
3 Frieden bedeutet auch das Zusammenleben der Völker ohne Gewalt, Ausbeutung und
4 Unterdrückung. Friedenspolitik umfasst auch Zusammenarbeit der Völker in Fragen der
5 Ökonomie, Ökologie, Kultur und Menschenrechte. Eine Welt in Frieden erfordert das
6 Selbstbestimmungsrecht für alle. Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und
7 Rüstungsgütern zu verhindern. Wir halten an diesen Grundsätzen fest und sehen auch
8 keine Notwendigkeit einer anderen Formulierung.

9

10 Dass militärische Einsätze laut Leitsätzen nur im „Einklang mit dem Völkerrecht“
11 durchgeführt werden, beruhigt uns nicht. Was „das Völkerrecht“ sein könnte, ist heute
12 umstritten. Vielmehr prallen gegensätzliche Vorstellungen von Völkerrecht aufeinander;
13 präziser im Sinne von Friedenspolitik und auf einer breiteren Legitimationsbasis wäre:
14 „im Einklang mit der Charta der Vereinten Nation“.

15

16 **Ein sozialdemokratisches Europa**

17

18 Vereinigte Staaten von Europa

19

20 Die Forderung nach einem neuen Grundsatzprogramm wurde unter anderem mit der
21 rasanten Europäischen Einigung begründet. In den vorliegenden Texten aber fehlen
22 peinlicherweise Überlegungen zur Weiterentwicklung und Demokratisierung der
23 Einrichtungen der EU. Wir fordern in sozialdemokratischer Tradition weiterhin die
24 Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Alle anderen Wege führen zu einer
25 Renationalisierung der Probleme und zur Gefährdung des inneren und äußeren
26 Friedens. Wir fordern eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments nach
27 Vorbild nationalstaatlicher Parlamente. Insbesondere das Budgetrecht und ein
28 Initiativrecht in der Gesetzgebung sind für eine echte Demokratisierung der EU
29 notwendig und stellen Transparenz im Sinne einer Gewaltenverschränkung her.

30 Es ist deprimierend, dass sich die europapolitische Vision der Leitsätze in der
31 Einführung des Europäischen Verfassungsvertrags erschöpft. Dieser ist, wie seine
32 Bezeichnung eigentlich schon anzeigt, alles andere als eine demokratische Verfassung
33 und im Übrigen über weite Strecken neoliberal.

34

35

36

1 **Europäisches Sozialmodell**

2

3 Eine Skizze eines Europäischen Sozialmodells fehlt. Umso erstaunlicher, dass die
4 Hoffnung der vorliegenden Papiere im Hinblick auf nationalstaatliche Probleme wie
5 Arbeitslosigkeit und Sozialstandards auf eben diesem Modell ruht.

6 **Zuwanderung**

7

8 Wir verurteilen, dass die „kommentierte Gliederung“ Zuwanderung in Europa im
9 unmittelbaren Zusammenhang mit internationalem Terrorismus behandelt. Wir
10 vermissen ein klares Bekenntnis zu den gesellschaftspolitischen Chancen der
11 Zuwanderung und zum Asylrecht als Menschenrecht. Außerdem vermissen wir eine
12 zeitgemäße Definition von Staatsbürgerschaft jenseits von Abstammung und Ethnie.

13

14 **Solidarische Bürgergesellschaft und Demokratie**

15

16 Wir begrüßen das Bekenntnis zu bürgerschaftlichem Engagement und dessen Ausbau.
17 Allerdings deutet der Raum, den man der „Bürgergesellschaft“ zugesteht, darauf hin,
18 dass unter dem Deckmantel der Aktivbürgerschaft eine neoliberale Strategie des Abbau
19 öffentlicher Leistungen verfolgt wird. Dieser Zusammenhang wird klar, wenn die
20 kommentierte Gliederung meint, „die Zukunftsfähigkeit des demokratischen
21 Gemeinwesens im wesentlichen Teil“ von Bürgerengagement abhängt. Wir befürchten,
22 das angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Hand der Abbau von
23 Arbeitsplätzen vorangetrieben werden soll, wie wir ihn bereits in Bibliotheken, Museen
24 und z.T. der Sozialen Arbeit erfahren mussten. Wir fordern eine entsprechende
25 Klarstellung.

26 Ehrenamtliche Arbeit benötigt zumindest im Anfangsstadium Anleitung, Unterstützung
27 und Begleitung, die wiederum von Fachkräften erbracht wird. Vielmehr muss gesehen
28 werden, wo Stellen der Fachkräfte aufgestockt und ausgebaut werden können, um
29 durch diese bürgerschaftliches Engagement überhaupt erst entstehen zu lassen. Wir
30 sehen bürgerschaftliches Engagement als eine unterstützende Arbeitsweise, die keine
31 Arbeitskräfte in bestimmten Bereichen ersetzen kann.

32

33

34

35

36

1 **Eine sozialdemokratische Wirtschaft**

2

3 Unsere soziale Marktwirtschaft?!

4

5 Es erstaunt, dass die Programmkommission die „soziale Marktwirtschaft“ als ein Leitbild
6 oder eine Idee der SPD verkaufen will. Das ist historisch betrachtet absurd.
7 Bekanntermaßen ist dies ein Konzept der deutschen Neoliberalen (Röpke, Hayek etc.),
8 die den Markt per se als „sozial“ einstufen, im Sozialstaat wie in jeder anderer
9 öffentlichen Einrichtung den Keim des Faschismus erkennen. Das „sozial“ vor der
10 Marktwirtschaft ist aus dieser Sicht also redundant, bestenfalls erläuternd gemeint,
11 meint aber in keinem Fall das Sozialstaatsprinzip, nach dem die Sozialdemokratie ihr
12 politisches Handeln ausrichtet. Die Strategie, sich einen Begriff anzueignen, ihn mit
13 eigenen semantischen Inhalten zu füllen, wird in diesem Fall scheitern. Das haben
14 gegnerische politische Kräfte wie die „Neue Soziale Marktwirtschaft“ gründlicher
15 vorbereitet.

16

17 Wirtschaftsdemokratie

18

19 Dass die Wirtschaft „nicht außerhalb der Demokratie steht“ ist zu schwach formuliert,
20 zeichnet ein harmonisches Bild und verschleiert so das Bedrohungspotential einer
21 verselbstständigten Wirtschaft für die Demokratie. Die Verankerung der
22 Wirtschaftsdemokratie als Selbstzweck ist nötiger denn je, betrachtet man den
23 politischen Einfluss der Arbeitgeberseite und den Zustand der Sozialpartnerschaft. Wir
24 fordern daher die Übernahme der Feststellung „Die Würde des Menschen und die
25 soziale Gerechtigkeit verlangen Demokratisierung der Wirtschaft.“ aus dem Berliner
26 Programm.

27

28 Unser Leitbild des Wirtschaftens ist nicht die soziale Marktwirtschaft, sondern eine „an
29 qualitativen Kriterien ausgerichtete Entwicklung unserer Wirtschaft“ (Berliner
30 Programm): es zählen Erfolg in Beschäftigung, Ökologie und allgemein der
31 Lebensqualität. Wir sind der Überzeugung, dass dies ohne eine
32 gesamtgesellschaftliche und demokratisch legitimierte Steuerung nicht zu erreichen ist.
33 Der Staat muss dafür sorgen, dass „soziale und ökologische Kosten, die die
34 Allgemeinheit belasten, soweit wie möglich bereits in die Entscheidungen und
35 Kostenrechnungen der Unternehmen einbezogen werden“ (Berliner Programm).

36

1 Wachstum

2

3 Die kommentierte Gliederung führt „nachhaltiges Wachstum“ als Wirtschaftsziel auf,
4 eine Erläuterung der Nachhaltigkeit sollte aber nicht nur im Nachhaltigkeits- bzw.
5 Umweltkapitel stehen. Eine Diskussion über Grenzen und gesellschaftliche Folgen des
6 Wachstums, also über Wünschbarkeit steigender Arbeitsproduktivität muss hier geführt
7 werden. Wachstum ist nur erstrebenswert und verdient diesen Namen nur, wenn
8 folgende Definition aus dem Berliner Programm weiterhin gültig bleibt: „Wachsen muss,
9 was natürliche Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und
10 Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und
11 Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt.“

12

13 Irritierend finden wir, dass die kommentierte Gliederung bei den „Leistungsträgern“
14 Unternehmer vor Arbeitnehmern nennt. Sicherlich ein Versehen, dass korrigiert werden
15 muss.

16

17 Wir sind davon überzeugt, dass angesichts steigender Arbeitsproduktivität eine
18 Arbeitszeitverkürzung der einzige Weg ist, allen Menschen einen gerechten Zugang zur
19 Erwerbsarbeit zu gewährleisten und ihr Menschenrecht auf Arbeit. Die bisher
20 vorliegenden Papiere lassen klare Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit vermissen,
21 und wenn sie von unvermeidlichen Brüchen reden, dann erklingt eine Sprache der
22 Kapitulation. Dass wir mit einer richtigen Forderung nicht dem Zeitgeist entsprechen,
23 kann kein Grund sein, richtige Lösungen nicht in ein Programm zu schreiben, dass die
24 Parteiarbeit 20 Jahre und länger inspirieren soll.

25

26 Globalisierung

27

28 Grundsätzlich erfreut uns, dass sich die vorliegenden Papiere zur politischen
29 Gestaltungsfähigkeit bekennen und dass Globalisierung nicht als unabwendbares
30 Schicksal, als Naturkatastrophe dargestellt wird. Das ist allerdings kein Grund zum auf
31 die Schulter klopfen, denn, wie bekannt ist, gründet der internationale Kapital- und
32 Güterverkehr auf völkerrechtlichen Institutionen bzw. Verträgen und ist damit politisch
33 gewollt. Beklagt die kommentierte Gliederung eine „institutionelle Lücke“, also Defizite
34 in Sachen demokratischer Kontrolle und rechtlicher Durchsetzungsfähigkeit, so ist das
35 auf einen entsprechenden politischen Willen bzw. Versäumnisse zurückzuführen.

36

1 Unser Ziel ist eine Regulierung des verselbstständigten Kapitalmarktes unter anderem
2 mit der Tobin Steuer. Wir fordern demokratische Reformen der
3 Welthandelsorganisation, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die es
4 Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen, über Ausmaß und Zeitpunkt ihrer
5 Integration in die Weltmärkte zu bestimmen. Ein Mitspracherecht der Internationalen
6 Arbeiterorganisation einzufordern, wie es die kommentierte Gliederung tut, hat keinen
7 Sinn, solange nicht die Prinzipien dieser der oben genannten Institutionen geändert
8 werden. Ansonsten dient sie lediglich der Legitimationsverstärkung einer kränkenden
9 Ordnung. Globalisierung gestalten bedeutet für uns den demokratischen Sozialismus
10 weltweit zu etablieren. Wir sind eine internationalistische Organisation, unsere
11 Grundwerte gelten weltweit. Mit mehr Chancen und besseren Regeln für
12 Entwicklungsländer werden wir uns nicht zufrieden geben.

13

14 Im Zusammenhang der Entwicklungs- und Zusammenarbeitspolitik fordern wir
15 folgenden Satz des Berliner Programms beizubehalten: „Entschuldung darf nicht an
16 Bedingungen geknüpft werden, die soziales Elend für die Menschen dieser Länder
17 bedeuten.“

18

19 **Soziales**

20

21 Der vorsorgende Sozialstaat

22

23 Der Sozialstaat muss für uns zwei wichtige Aufgaben erfüllen, er muss es jedem
24 ermöglichen sein Leben selbst zu gestalten. Wir fordern deshalb eine Teilhabe für alle,
25 anstatt Teilhabe gegen Leistung. Um dies zu ermöglichen muss der Sozialstaat auch
26 Umverteilungscharakter haben. Der vorsorgende Sozialstaat ist die übergreifende
27 Leitlinie, gemäß dem Grundsatz „Soziale Sicherheit muss verlässlich sein. Wirtschafts-
28 Finanz- und Sozialpolitik sind so aufeinander abzustimmen, dass die Gesamtpolitik am
29 Sozialstaatsgebot orientiert ist.“ aus dem Berliner Programm, der auch so im neuen
30 Programm stehen sollte. Der in den „Leitsätzen“ formulierte Satz „Diese neue soziale
31 Übereinkunft muss den Staat, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die
32 Gemeinschaften und Verbände einbeziehen“ ist nur annehmbar, wenn er um „die
33 Wirtschaft“ erweitert wird.

34

35 Insbesondere sollten folgende Forderungen des Berliner Programms übernommen
36 werden: Das Prinzip der Solidargemeinschaft, die Forderung nach gesunden und

1 preiswerten Wohnungen, die Forderung einer Wertschöpfungsabgabe, die Forderung
2 des Ausbaus der Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne des Berliner Programms, die Forderung
3 nach Integration aller Menschen in allen Bereichen des Lebens.

4

5 Sport als Prävention

6

7 Gemessen am Nachdruck, mit dem die kommentierte Gliederung Vorsorge empfiehlt,
8 finden wir es erstaunlich, dass dem Sport kein Raum zugestanden wird - im Gegensatz
9 zum Berliner Programm. Sport ist, wie es dort richtig heißt, „wesentlicher Teil unserer
10 Kultur. Er trägt zu Lebensqualität und Lebensfreude bei.“ Wir wünschen eine
11 Ergänzung dahingehend, dass Sport ein wichtiger Bestandteil präventiver
12 Gesundheitspolitik ist und eine entsprechende Förderung verdient.

13

14 Bürgerversicherung

15

16 Wir befürchten, dass die Forderung nach einem weiteren Ausbau der
17 Steuerfinanzierung eine Abkehr von der Bürgerversicherung bedeutet, in die auch
18 andere Einkünfte neben dem Erwerbseinkommen einfließen sollen. Tatsächlich ist in
19 der kommentierten Gliederung die Rede von einer „steuerfinanzierten
20 Bürgerversicherung“. Ein solches Konstrukt hat unserer Ansicht nach dieselben
21 Nachteile wie eine Kopfpauschale.

22

23 Der Verdacht, dass sich die vorliegenden Papiere von der Bürgerversicherung
24 distanzieren, erhärtet sich, wenn die „Leitsätzen“ eine „echte(n) Wettbewerb zwischen
25 gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen“ einfordern. Wir fordern die
26 Zusammenführung der gesetzlichen und privaten Krankenkassen in einer
27 gemeinsamen Bürgerversicherung, die alleinig die gesetzlichen Leistungen übernimmt..
28 Die Forderung, dass „alle Bürgerinnen und Bürger in die Solidarität einbezogen“
29 werden sollen, verkommt so zu einem Lippenbekenntnis.

30

31 Prävention

32

33 Prävention als eigenständige Säule des Gesundheitssystems einzuführen, halten wir
34 für richtig. Sie darf aber a) nicht zu Lasten von Qualität und Quantität der „Nachsorge“
35 (Akutbehandlung, Rehabilitation etc.) gehen, b) nicht mit inhumanen Sanktionen
36 verknüpft werden.

1 Altersvorsorge

2

3 Wir lehnen das positive Bekenntnis zum Ausbau weiterer privater Altersvorsorge
4 entschieden ab. Erst recht lehnen wir eine Verpflichtung zur privaten Altersvorsorge, wie
5 die kommentierte Gliederung fordert, ab. Gerade diejenigen, die zusätzliche Vorsorge
6 für das Alter bräuchten, können sich diese nicht leisten. Die historische Erfahrung
7 spricht für das Umlagesystem. Wir sind der Meinung, dass das gesetzliche
8 Rentensystem für ein würdiges Leben im Alter aufkommen muss. Das
9 Einnahmeproblem der Rentekassen ist analog zur Bürgerversicherung durch eine
10 Verbreiterung der Finanzierungsbasis zu lösen. Wir fordern in diesem Zusammenhang
11 auch die Abschaffung nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Im Übrigen
12 bleibt es den BürgerInnen unbenommen, zusätzlich privat oder betrieblich vorzusorgen.
13 Nur hat diese Option in unserem Programm nichts verloren.

14 Ein sorgenfreies Leben im Alter zu führen, heißt, sich bei Pflegebedürftigkeit auf
15 Pflegemittel, Förder- und Fürsorgeangebote die ein menschenwürdiges Leben
16 ermöglichen verlassen zu können - unabhängig von Pflegestufe oder privater Zulagen.

17

18 **Gesonderter Punkt: Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik**

19

20 Tarifpolitik

21

22 „Vorsorgend“ ist für die kommentierte Gliederung so ziemlich jedes Politikfeld, genauso
23 die Arbeitsmarktpolitik. Dem stimmen wir grundsätzlich zu, finden aber, dass ein klares
24 Bekenntnis zur Stärkung bzw. Aufwertung und Erneuerung der Sozialpartnerschaft ein
25 Muss ist, wenn man „Vorsorgen“ ernst nimmt. Mindestlöhne, wenn in der
26 kommentierten Gliederung überhaupt darauf angespielt werden soll, sind derzeit in
27 vielen Bereichen absolut notwendig und unumgänglich, aber sind eigentlich
28 „Nachsorge“, doktern an Symptomen herum. Dennoch fordern wir im
29 Grundsatzprogramm ein klares Bekenntnis zum Mindestlohn.

30

31 Beschäftigungsideal

32

33 Die kommentierte Gliederung will sicherstellen, dass die Menschen durch „Vollzeit-
34 Erwerbstätigkeit sich und ihre Familien ernähren können“. Hier wird nur allzu deutlich,
35 dass wir keine Vision für die Zukunft der Arbeit haben. Wieso erklärt man angesichts
36 der Expansion der Teilzeit- und geringfügigen Beschäftigung Vollzeitbeschäftigung zum

1 Ideal? Es müsste wohl im Lichte einer stetig steigenden Arbeitsproduktivität eher
2 heißen: „wie Menschen durch voll sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit und
3 ähnlichen Beschäftigungsformen (job-sharing etc.) sich und ihre Familie ernähren
4 können.“ Das Mindeste aber wäre für diese Vollbeschäftigung überhaupt erst zu
5 sorgen, sie erst Wirklichkeit werden zu lassen. Das scheint aber eher ein Job für die
6 Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu sein, wenn man schon so sehr auf die
7 Ursachen abstellt.

8 Genauso hilft das „Aktivieren“ und „Fordern und Fördern“ nichts, weil die wesentliche
9 Ursache für Arbeitslosigkeit fehlende Stellenangebote sind. Da hilft auch die
10 Verfeinerung und der Ausbau dieser Agenda-Instrumente, die die kommentierte
11 Gliederung in Aussicht stellt, nichts.

12

13 Teilhabe für alle

14

15 Die kommentierte Gliederung definiert Teilhabechancen und Teilhabegerechtigkeit
16 hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Zugang zum Arbeitsmarkt. Diesen Eindruck
17 einer „Herrschaft der Leistungsträger“ verstärken sonstige Papiere zum „vorsorgenden
18 Sozialstaat“. Wir fordern eine Klarstellung: Das Recht auf Teilhabe ist ein Grundrecht
19 aller, auch der nicht Erwerbsfähigen.

20

21 Dritter Arbeitsmarkt

22

23 In den vorliegenden Papieren bleiben Konzepte einer integrativen Arbeitspolitik für alle
24 Menschen, die einen erschwerten Zugang zur Arbeitswelt haben, vage. Ein dritter
25 Arbeitsmarkt, wie ihn die kommentierte Gliederung vorschlägt, klingt interessant. Es
26 gibt ausländische Erfolgsbeispiele, etwa in Form staatlicher Unternehmen, die
27 Marktleistungen anbieten. Doch die Idee muss präzisiert werden. Damit nicht
28 Beschäftigte diesen Markt via Steuern subventionieren, sollte das Verursacherprinzip
29 eingeführt werden: Wer Beschäftigte „freisetzt“, zahlt Strafe in Form einer
30 angemessenen Steuer.

31

32 Beschäftigungsversicherung

33

34 Die Einbindung aller nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in eine
35 Beschäftigungsversicherung, wie sie die kommentierte Gliederung vorschlägt, wirft eine
36 ganze Reihe von Fragen auf; vor allem: Wer zahlt die Beiträge? In letzter Zeit wurde die

1 Künstlersozialkasse als Vorbild für die Zukunft der Sozialsysteme in Spiel gebracht: Die
2 Versicherung wird von der versicherten Person und aus Bundesmitteln aufgebracht. Die
3 Arbeitgeber, konsumierende Betriebe und Einrichtungen, sind lediglich mit einer
4 pauschalen Abgabe beteiligt, die bisher nicht paritätisch und nur nachlässig
5 eingetrieben wurde. Der Staat und damit letztlich steuerzahlende BürgerInnen, sollen
6 für die Wirtschaft einspringen. „Vorsorgen“ hieße hier, sich Gedanken zu machen, wie
7 man die Expansion prekärer Beschäftigung („working poor“) stoppen und umkehren
8 kann. Ziel wären voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmodelle.

9

10 **Familienpolitik**

11

12 Wir lehnen die Verknüpfung von Gleichstellungspolitik mit Familienpolitik als Kapitel
13 „Die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Familie“ ab. Diese
14 Verbindung ist ganz klar ein Rückschritt im Vergleich zum Berliner Programm. Das
15 neue Parteiprogramm der SPD muss die Gleichstellungspolitik als auch die
16 Familienpolitik angemessen würdigen.

17

18 Gegen Bevölkerungspolitik

19

20 Die Leitsätze und die kommentierte Gliederung entwerfen das Bild einer Gesellschaft,
21 in der die Menschen Kinder bekommen, um Sozialsystem und Staatsfinanzen zu
22 sanieren. Die Hervorhebung von Kindern als „Grundlage einer zukunftsfähigen
23 Gesellschaft“ halten wir für daher für eine schlimme Verirrung. Kinder zu kriegen ist
24 keine staatsbürgerliche Pflicht zum Erhalt der Gesellschaft.

25

26 Ein weiter Familienbegriff

27

28 Nicht nur diese erkennbaren Ansätze einer Bevölkerungspolitik vermitteln einen
29 anachronistischen Eindruck. Auch das idyllisch gezeichnete Bild der Familie („...
30 Familien als Ort des Zusammenhalts. ...“) scheint sich in die jüngsten Versuche, die
31 50er Jahre nostalgisch zu verklären, einzufügen: der Mensch scheint nur allein in der
32 klassischen Familie glücklich und zufrieden leben zu können.

33 Wir fordern in deutlicher Abgrenzung unserer politischen Gegner eine breitere Definition
34 von „Familie“. Familie bedeutet nicht nur Vater, Mutter, Kind, sondern geht weit darüber
35 hinaus – schließt also in jedem Fall „wilde Ehen“, Patchworkfamilien, Alleinerziehende,
36 kinderlose Paare, gleichgeschlechtliche Paare mit und ohne Kinder etc. mit ein. Wir

1 möchten dies explizit erwähnt haben, weil es leider noch keine Selbstverständlichkeit
2 ist.

3 Wir begrüßen im Übrigen, dass sich niemand für seine / ihre Lebensentwürfe
4 rechtfertigen muss – das heißt sich aber mit der oben genannten Bevölkerungspolitik
5 Eine sinnvollere Richtung schlägt die kommentierte Gliederung ein, mit der
6 begrüßenswerten gebührenfreien Kinderbetreuung für alle Kinder von Anfang an.

7

8 **Gesonderter Punkt: Gleichstellung**

9

10 Die Forderung nach einer gleichstellungsgerechten Gesellschaft darf nicht als ein Punkt
11 von vielen abgehandelt werden, diese Forderung muss ein zentraler Bestandteil des
12 Grundsatzprogramms werden. Gleichstellung muss sich deshalb wie ein roter Faden
13 durch das gesamte Grundsatzprogramm ziehen.

14

15 Männliche Gesellschaft überwinden

16

17 „Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die Gleichstellung der Geschlechter in
18 allen Lebensbereichen verwirklichen.“ Diese Formulierung verharmlost die Wirklichkeit
19 und bedeutet einen Rückschritt. Die Forderung des Berliner Programms: „Wer die
20 menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ muss wörtlich in das
21 neue Grundsatzprogramm der SPD übernommen werden.

22

23 Chancengleichheit und Gleichstellung

24

25 „Gleiche Chancen, aber auch gleiche Möglichkeiten im Ergebnis für Männer und
26 Frauen in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft, im Beruf und der Familie bleiben eine
27 zentrale Querschnittsaufgabe. Gleichstellung ist erst erreicht, wenn Chancengleichheit
28 auch in gleiche Teilhabe für beide Geschlechter mündet.“ Diese Formulierung sollte, mit
29 folgenden Veränderungen versehen, übernommen werden: Gleiche Chancen, aber
30 auch gleiche Möglichkeiten im Ergebnis für Frauen und Männer in Gesellschaft, Politik,
31 Wissenschaft, im Beruf und der Familie bleiben eine zentrale Querschnittsaufgabe der
32 Gesellschaft. Gleichstellung ist erst erreicht, wenn Chancengleichheit auch in gleiche
33 Teilhabe für beide Geschlechter mündet. Dies bedeutet die Umsetzung der gerechten
34 Entlohnung für beide Geschlechter („Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“) und einer
35 gerechten, eigenständigen sozialen Sicherung für Frauen und Männer. Wir fordern die

1 konsequente Anwendung des Prinzips des Gender Mainstreaming auf alle politischen
2 Entscheidungen

3

4 Gleichstellungsgerechter Arbeitsmarkt

5

6 Die kommentierte Gliederung fordert: „Unsere Ziele sind der gleichstellungsgerechte
7 Umbau des Arbeitsmarktes und die gleichberechtigte Verteilung von bezahlter und
8 unbezahlter Arbeit.“ Wir wünschen keine unbezahlte Arbeit. Jede und jeder sollte für die
9 Arbeit, die sie / er leistet gerecht bezahlt werden.

10 Wir Jusos fordern eine gerechte Entlohnung für alle sowie eine gerechte, eigenständige
11 soziale Sicherung für Frauen und Männer. Wir setzen uns für eine Tarifpolitik ein, die
12 die Gleichstellung von Frauen und Männern garantiert. Insbesondere Frauen werden
13 heutzutage ungerecht entlohnt, was sich im Zusammenspiel mit geringerem
14 Arbeitszeitvolumen und „Familienpausen“ direkt auf ihre soziale Sicherung auswirkt.
15 Deshalb ist im Grundsatzprogramm die Forderung nach einer eigenständigen,
16 umfassenden sozialen Sicherung für Frauen und Männer auf der Basis
17 existenzsichernder Erwerbseinkommen zu verankern. Dies beinhaltet explizit die
18 Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn sowie die gleichstellungsgerechte
19 Umgestaltung des Steuerrechts.

20 Die kommentierte Gliederung fordert weiter, „dass Frauen und Männer gleichermaßen
21 ihre Berufs- und Karrierewünsche verwirklichen und sich partnerschaftlich die Fürsorge
22 für die Familie teilen können“ Wir halten dies für zu trivial, um darüber zu diskutieren.
23 Wir bestehen auf ausführlichere Erläuterung und konkretere Ausgestaltung.

24

25 **Bildung in der lernenden Gesellschaft**

26

27 Bildungsbegriff

28

29 Im Berliner Programm heißt es: „Ziel von Bildung ist für uns nicht nur Qualifikation für
30 Beruf und Fortkommen. Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.“ Die
31 kommentierte Gliederung berücksichtigt Bildung nur in ersterem Sinne, also Bildung als
32 Qualifikation für Individuen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir lehnen eine
33 solche einseitige Betrachtungsweise, in der Bildung zum Baustein für die
34 „innovationsfähige“ Marktwirtschaft verkommt, ab. Wir sind der Überzeugung, dass
35 Bildungspolitik mehr sein muss als Lückenbüsser für Versäumnisse in anderen
36 Politikfeldern.

1 Gegen Gebührenfinanzierung

2

3 Wir sind entsetzt darüber, dass die kommentierte Gliederung fragt, wie ein
4 „vernünftiges und sozial gerechtes Verhältnis von Steuerfinanzierung und
5 Gebührenfinanzierung aussehen“ könne. Wir lehnen Gebührenfinanzierung strikt ab
6 und wollen dies ausdrücklich im Programm verankert haben. Wir verlangen ein
7 Bekenntnis zur besseren finanziellen Unterstützung von Hochschulen.

8

9 Chancengleichheit

10

11 Wir fordern kostenlosen Zugang zum öffentlichen Gut Bildung, für jede und jeden, egal
12 welcher sozialer oder ethnischer Herkunft und welchen Geschlechts. Konkret fordern
13 wir die Abschaffung der Kindergartengebühren, das Verbot von Büchergeld, das Verbot
14 von Studiengebühren von Gebühren für Ausbildung und Meisterausbildung. Wir fordern
15 außerdem einen Ausbau des BAföG.

16

17 Rollenmuster aufbrechen, aber wie?

18

19 Die kommentiert Gliederung setzt sich das Ziel „die traditionellen Rollenmuster bei der
20 Studien- und Berufswahl zu überwinden, denn dies sei „der Schlüssel, um nachhaltig
21 Berufs- Verdienst- und Karrierechancen von Frauen zu verbessern.“

22 Es steht aber nicht da, mit welchen Mittel dies geschehen soll. Wir sind der
23 Überzeugung, dass dieses Ziel nur durch eine familienfreundlichere Politik oder
24 Frauenquoten verbessert werden kann.

25

26 Ganztagsschulen und integratives Lernen

27

28 Wir vermissen in der kommentierten Gliederung eine Definition des äußerst vage
29 skizzierten „integrativen Lernens“. Einen Qualitätswettbewerb zwischen Schulen lehnen
30 wir ab, denn alle Schulen müssen gleiche Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um
31 gleiche Bildungsqualität anbieten zu können. Für alle Schulen müssen verbindlich die
32 gleichen Qualitätsstandards gelten.

33

34 Wir begrüßen im Übrigen, dass die Berufe LehrerInnen, ErzieherInnen „gestärkt“
35 werden sollen. Es fehlt jedoch eine Erläuterung, wie dies geschehen soll: durch
36 bessere Bezahlung? Durch bessere Ausbildung?

1 Wir plädieren für ein längeres Lernen im Klassenverband, etwa geteilt nach Neigungen
2 in ABC-Gruppen. Dadurch wollen wir soziale Kompetenzen stärken und verhindern,
3 dass Jugendliche und Kinder frühzeitig selektiert werden. Wir begrüßen die geforderte
4 „bessere Durchlässigkeit des Schulsystems“ und als ersten Schritt fordern wir die
5 Abschaffung der Mehrgliedrigkeit des Schulsystems. Wir wollen das aber dahingehend
6 präzisieren, dass auch ein problemloser Schulwechsel zwischen Bundesländern
7 ermöglicht werden muss.

8

9 Ausbildungsplatzumlage

10

11 Wir fordern die Ausbildungsplatzumlage für alle Betriebe, die nicht genügend ausbilden
12 und lehnen freiwillige Vereinbarungen ab.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

- 1 AntragsstellerIn: Juso-Bezirksvorstand Oberbayern
2 AdressatInnen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz,
3 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

4

5 **2. Umfassende Familienpolitik für alle**

6

7 Alle Parteien haben in letzter Zeit die „Familie“ als förderungswürdiges Objekt wieder
8 entdeckt. „In der Familie liegt unsere Zukunft!“ – so die gängige These. Doch wie hat so
9 eine Familienpolitik auszusehen?

10 Sicherlich nicht so, wie es sich die Konservativen vorstellen, mit einer Förderung der
11 klassischen Familie „Vater, Mutter, Kind(er)“ in der die Mutter als Hausfrau zu Hause
12 bleibt und der Mann die Familie ernährt.

13 Wir Jusos fordern deshalb eine breite Definition von Familie als Grundlage für die
14 künftige Familienpolitik der Bundesregierung. Familie bedeutet nämlich nicht nur „Vater,
15 Mutter, Kind(er)“ der 1950er Jahre, sondern geht weit darüber hinaus und schließt
16 heute in jedem Fall „Patworkfamilien“, „wilde Ehen“, Alleinerziehende, kinderlose Paare,
17 gleichgeschlechtliche Paare mit und ohne Kinder etc. mit ein.

18 Wir Jusos lehnen es außerdem ab, in der Politik den Eindruck zu vermitteln, dass der
19 Mensch allein in der „klassischen Familie“ glücklich und zufrieden leben kann. Hier darf
20 nicht ein Bild entworfen werden, dass Kinder kriegen eine staatsbürgerliche Pflicht zum
21 Erhalt der Gesellschaft ist! Eine Gesellschaft darf sich über jedes Kind freuen, das
22 geboren wird. Die Entscheidung für ein Kind müssen die Menschen selber treffen und
23 das aus anderen Beweggründen als die Zukunftsfähigkeit des Staates garantieren zu
24 wollen. Niemand soll sich für seine / ihre Lebensentwürfe rechtfertigen müssen.

25 Wir Jusos stellen folgende Anforderungen an eine umfassende Familienpolitik für alle:

26 - Gesetzliche Anerkennung und finanzielle Unterstützung für alle und kostenlose
27 Mitversicherung in der GKV, die Kinder haben – egal ob mit oder ohne
28 Trauschein.

29

30 - Familienförderung darf aber nicht nur finanzielle Zuschüsse bedeuten, und den
31 Eltern die Lösung der Probleme überlassen. Dass heißt, dass die Politik unter
32 anderem eine kostenlose Kinderbetreuung und Bildung sicherstellen muss.
33 Dafür müssen infrastrukturelle Maßnahmen ergriffen werden.

34

35

- 1 - Die Politik muss Chancengleichheit für alle Kinder ermöglichen und garantieren
2 – egal welchen sozialen Hintergrund sie haben, ob sie einen
3 Migrationshintergrund haben oder nicht, ob sie Mädchen oder Jungen sind.
4
- 5 - Kinder zu haben darf nicht bedeuten, dass Mütter zu „Nur-Hausfrauen“
6 degradiert werden. Beide Elternteile müssen sich gleichermaßen um das Kind /
7 die Kinder kümmern können und gleichermaßen die Möglichkeit haben, weiterhin
8 in ihrem Beruf arbeiten zu können. Hierzu muss die Politik ausreichende
9 Möglichkeiten schaffen. Die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und das
10 Elterngeld mit den so genannten Vatermonaten – dessen konkrete Umsetzung
11 und zwar nicht nur für die Besserverdienenden in dieser Gesellschaft.
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

1 AntragstellerIn: Juso-Bezirksvorstand Oberbayern

2 AdressatInnen: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Landtagsfraktion,

3 SPD Gemeinde- und Stadtratsfraktionen in Bayern

4 Die Juso-Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

5

6 **3. Bessere Kinderbetreuung in Bayern – Jetzt!**

7

8 „Bildung im Kindesalter gestaltet sich als sozialer Prozess, an dem sich Kinder und
9 Erwachsene aktiv beteiligen. Nur in gemeinsamer Interaktion, im kommunikativen
10 Austausch und im ko-konstruktiven Prozess findet Bildung, nicht zuletzt als
11 Sinnkonstruktion, statt. So verstanden sind Bildungsprozesse eingebettet in des
12 sozialen und kulturellen Kontext, in dem sie geschehen.“

13

14 So heißt es im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in
15 Tageseinrichtungen bis zur Einschulung.¹ Doch wie sieht es mit diesem
16 Bildungsverständnis in der bayerischen Realität aus?

17

18 Ein gutes Jahr nach Beschluss des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz
19 (BayKiBiG) ist festzustellen, dass sich die Befürchtungen von SPD und Jusos
20 bewahrheitet haben:

21 Die Finanzierung der Horte ist nicht ausreichend gesichert. Durch das System der
22 Buchung von Betreuungsstunden stehen die Eltern vor einigen Problemen: Sie müssen
23 feste Betreuungsstunden über einen längeren Zeitraum (etwas ein halbes Jahr)
24 buchen. Flexibilität ist nicht vorgesehen. Was ist, wenn beim Kind Unterricht ausfällt?
25 Kann es betreut werden, auch wenn vorher keine Stunden gebucht wurden? Diese
26 Fragen, die wesentlich für die Finanzierung der Horte sind, werden immer noch nicht
27 abschließend geklärt. Vielen Horten droht deshalb die Schließung, da ihre Finanzierung
28 nicht sichergestellt ist.

29 Leider gehört das Personal zu den Leidtragenden des neuen Gesetzes. Das Personal
30 muss seine Arbeitszeiten an die Buchungszeiten der Eltern anpassen und das unter
31 erschwerten und schlechteren Arbeitsbedingungen. Viele Arbeitsverträge für
32 pädagogische Fachkräfte (ErzieherInnen) und insbesondere pädagogische Hilfskräfte
33 (KinderpflegerInnen, PraktikantInnen, BerufspraktikantInnen) sind nur noch befristet
34 oder werden in Mini- und Teilzeitarbeitsverhältnisse umgewandelt, damit die

1 ¹ Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Staatsinstitut für Frühpädagogik
2 München (Hrsg.) (2006): Der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder in Tageseinrichtungen bis zur
3 Einschulung. S. 24.

1 Betreuungseinrichtungen finanziell über die Runden kommen. Gleichzeitig bleibt kein
2 Raum und keine finanzielle Unterstützung für Weiterbildung, Freistellungen oder mehr
3 Verfügungszeiten.

4 Eine Bayernweite frühkindliche Bildung und Sprachförderung im Kindergarten existiert
5 nur auf dem Papier. Mangels eines soliden Finanzierungskonzepts (s.o.) ist eine
6 flächendeckende frühkindliche Bildung und Sprachförderung in allen bayerischen
7 Kindergärten nicht möglich! Hinzu kommt, dass die Erzieherinnen und Erzieher die
8 Sprachförderung innerhalb der normalen Gruppenarbeit leisten müssen. Unter
9 Sprachförderung verstehen wir hierbei nicht die Behebung von Sprachstörungen (diese
10 müssen erkannt werden um die Kinder dann an entsprechende Fachdienste weiter zu
11 vermitteln), sondern gezielte Übungen, die Kinder zum Sprechen animieren und ihnen
12 Sprache erfahr- und erlernbar machen.

13 Die Jusos Oberbayern fordern deshalb eine bessere Kinderbetreuung in Bayern, die
14 Kindern, Eltern und Erzieherinnen / Erziehern gerecht wird. Dies bedeutet konkret:

15 Durchsetzung eines flächendeckenden, ganztägigen Betreuungsangebots für alle
16 Kinder in Bayern ab dem ersten Lebensjahr. Alle, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind
17 brauchen, sollen einen entsprechenden Platz in der Nähe von Wohnort oder
18 Arbeitsplatz erhalten.

19 Durchsetzung einer angemessenen und leistungsgerechten Vergütung für
20 Erzieherinnen und Erzieher. Die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher ist grundlegend
21 für die weitere Entwicklung der Kinder. Wichtig für die frühkindliche Entwicklung ist eine
22 ganzheitliche Förderung im motorischen, kognitiven, emotionalen und sozialen Bereich.
23 Hierfür müssen die Erzieherinnen und Erzieher aber auch entsprechend ausgebildet
24 werden. Grundlegend ist hierbei eine praxisnahe und fundierte Ausbildung für
25 Erzieherinnen und Erzieher, verbunden mit einer regelmäßigen Weiterbildung.

26 Aus diesem Grund fordern wir Jusos Oberbayern das die Ausbildung der ErzieherInnen
27 an der Fachakademie verbleibt und nicht zu einer hochschulischen Ausbildung
28 gemacht wird.

29 Die Finanzierung der Kindergärten, Kindertagesstätten und Kinderhorte muss auf ein
30 sicheres Fundament gestellt werden. Hier ist der Staat in der Pflicht, nicht die Eltern,
31 die einzelne Betreuungsstunden „buchen“. Oberstes Ziel ist hierbei die Beitragsfreiheit
32 des Kindergartenbesuches.

33 Durchsetzung der im BayKiBiG verankerten frühkindlichen Bildung und
34 Sprachförderung in allen Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern. Hierzu müssen die
35 Erzieherinnen und Erzieher entsprechend weitergebildet werden und die Möglichkeit
36 bekommen, die Förderung in kleinen Gruppen durchzuführen.

1 AntragsstellerIn: Vorstand Jusos Oberbayern

2 AdressatInnen: Bundestagsfraktion, Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt

3 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen: **Zurückgezogen, soll in UB diskutiert**
4 **werden**

5

6 **4. Gesundheitsreform – Verhandlungsspielräume ausschöpfen!**

7

8 Wir sind der Überzeugung, dass das grundlegende Problem der Gesetzlichen
9 Krankenversicherung die Einnahmeseite ist; Die GKV leidet sowohl am Abbau
10 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung als auch einer hohen Konzentration an
11 „schlechten Risiken“.

12

13 Wir haben auf dieses Erkenntnis mit dem Konzept einer Bürgerversicherung
14 geantwortet: Wir wollen den Versichertenkreis der Gesetzlichen Krankenkassen um
15 diejenigen Personen erweitern, die sich bislang der solidarischen Finanzierung
16 entziehen können: vor allem Besserverdiener, Selbstständige, Beamte. Wir wollen
17 außerdem andere Einkommen neben Erwerbseinkommen heranziehen, die bisher nicht
18 für Beitragsbemessung herangezogen wurden: etwa Kapitalzins, Zinsen aus
19 Vermietung und Verpachtung. Wir betrachten die Einführung der Bürgerversicherung
20 als alternativlos für eine Reform des Gesundheitssystems, die diesen Namen verdient.

21

22 Uns ist aber bewusst, dass der Maßstab für den Erfolg der Gesundheitsreform nicht
23 unser Wahlprogramm, sondern der Koalitionsvertrag ist. Wir sind davon überzeugt,
24 dass die SPD-Delegation Verhandlungsspielräume nicht genutzt hat und in diesem
25 Sinne versagt hat. Unser Verhandlungsziel – darin waren wir uns mit der Union einig –
26 konnte nur ein Kompromiss sein, der dem nächsten Wahlsieger erlaubt hätte, das
27 System in die jeweils gewünschte Richtung auszubauen. Der Wissenschaftliche Beirat
28 des Gesundheitsministeriums hatte die Aufgabe zu lösen, die unvereinbaren
29 Wahlkampfkonzepte von SPD und Union zu versöhnen. Der Idee eines
30 Gesundheitsfonds kam dabei eine Schlüsselrolle zu: Er sollte die Privaten
31 Krankenkassen institutionell an der Finanzierung der Gesetzlichen
32 Krankenversicherung beteiligen. Im Verhandlungsmarathon sind Herkunft und Sinn
33 dieser Einrichtung untergegangen; das Sondersystem der Privaten Krankenkassen
34 blieb unangetastet.

35

1 In diesem Entwurf wartet keine schlummernde Bürgerversicherung darauf, von einer
2 SPD-geführten Bundesregierung wach geküsst zu werden. Wir lehnen den
3 Gesundheitsfonds in dieser Form ab und fordern die Bundestagsfraktion auf, die
4 Möglichkeiten des Koalitionsvertrags voll auszuschöpfen. Wir fordern die Fraktion auf,
5 die Ausklammerung des Gesundheitsfonds im Reformentwurf zu verlangen. Wir sind
6 der Überzeugung, dass kleine Schritte in peripheren Bereichen des
7 Gesundheitssystems zielführender sind als Großprojekte, die in der Bevölkerung große
8 Erwartungen wecken, aber aufgrund der bestehen Machtverhältnisse enttäuschen
9 müssen. Sollte die Union der Ausgliederung nicht zustimmen, fordern wir die Fraktion
10 weiter auf, die Gesundheitsreform als Ganzes abzulehnen.

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1 AntragsstellerIn: Jusos UB Erding

2 AdressatInnen: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, alle oberbayerischen MdB
3 und MdL, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

4 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

5

6 **5. Keine dritte Startbahn – den Größenwahn im Erdinger Moos stoppen!**

7

8 Wir Jusos sprechen uns gegen den Bau einer dritten Startbahn für den Flughafen
9 München aus. Wir erachten die Notwendigkeit für dieses Großprojekt für nicht gegeben.
10 Zudem sind sowohl die ökologischen Folgen als auch die infrastrukturellen Probleme
11 nicht absehbar. Wir lehnen zudem die Absiedelung ganzer Ortschaften zu Gunsten der
12 Profitmaximierung weniger entschieden ab. Außerdem werden Tausende von
13 Bewohner dieser Region mit einem unerträglichen Lärmteppich leben müssen. Auch
14 die Argumente, dass der Bau der Bahn für mehr Arbeitsplätze sorgen wird sind mit
15 großer Vorsicht zu genießen, da diese Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor geschaffen
16 werden und es für uns nicht nur auf die Quantität sondern auch die Qualität der
17 Arbeitsplätze ankommt.

18 Zudem fordern wir die Realisierung der seit langem zugesagten
19 Infrastrukturmaßnahmen.

20

21 Zur Begründung im Detail:

22 Vorgeschichte des Flughafens München II

23 Im Jahr 1992 wurde der Flughafen München II – von manchen auch Franz Josef Strauß
24 genannt – in Betrieb genommen, geplant als Ersatz für den Flughafen München Riem.
25 Trotz erheblicher Proteste in der Region konnte die Absiedelung einer kompletten
26 Ortschaft durchgesetzt und der Flughafen in das Erdinger Moos gebaut werden.
27 Damals wurden sogar vier Start- und Landebahnen geplant, drei im
28 Raumordnungsverfahren eingebracht, allerdings nur 2 vom Verwaltungsgericht
29 genehmigt.

30

31 Entwicklung der Region und Probleme

32 Es wird immer behauptet, dass die Landkreise Erding und Freising immens vom neuen
33 Flughafen profitieren würden. Wer allerdings nur auf die Arbeitsplätze am Flughafen
34 und in dessen Umfeld blickt, der blickt zu kurz. Die Arbeitsmarktregion Erding/Freising
35 hatte schon lange vor der Eröffnung des Flughafens eine extrem niedrige
36 Arbeitslosigkeit. Die zusätzlichen Arbeitsplätze bedeuteten eine Zuwanderung in die

1 Region und starke Pendlerströme. In Kombination mit der mangelhaften
2 infrastrukturellen Anbindung des Flughafen an sein Umland zeigt das fatale Folgen:
3 verstopfte Straßen, riesige Verkehrsströme durch kleine Ortschaften und die damit
4 einhergehende Verschmutzung.

5

6 Die Folgen:

7 Für die Gemeinden entstehen hohe Kosten für die Infrastruktur. Die Zuwanderer
8 drängen auf den regionalen Wohnungsmarkt und es kommt zur Steigerung der
9 Lebenshaltungskosten. Zusätzlicher Zubringerverkehr schiebt sich durch die Orte des
10 Umlandes.

11 Zudem haben beide Landkreise hohe Infrastrukturkosten wegen der zugezogenen
12 Arbeitskräfte und ihrer Familien zu bewältigen, an denen sich keiner der Anteilseigner
13 des Flughafens angemessen beteiligt. Der Bau von Schulen, Kindergärten und
14 Sozialwohnungen – die wegen der Art der Arbeitsplätze notwendig sind – muss von
15 den Kommunen getragen werden.

16 Die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von einem so dominanten Arbeitgeber
17 birgt enorme Risiken. Bei einer Krise des Flugverkehrs (z.B. Engpässe in der
18 Erdölversorgung) gibt es gravierende wirtschaftliche Probleme im Umland.

19

20 Angebliche Notwendigkeit der dritten Startbahn

21 Die Flughafen München GmbH und ihre Gesellschafter argumentieren mit einem
22 Gutachten zum prognostizierten Wachstum des Flughafens und auch mit den
23 Argumenten der Lufthansa AG. Das Gutachten, das eine Prognose für das
24 Passagieraufkommen bis zum Jahr 2020 aufstellt ist in vielen Punkten mangelhaft –
25 konstante Energiepreise (!) bis 2020, Wirtschaftswachstum von 2% jährlich in der BRD,
26 unzureichende Berücksichtigung des Ausbaus anderer Flughäfen - und kann daher
27 nicht als Grundlage einer seriösen Entscheidung mit dieser Tragweite herangezogen
28 werden. Außerdem ist das Wachstum nicht natürlich sondern künstlich generiert. Die
29 Unternehmenspolitik der Lufthansa, das so genannte hub-and-spoke-System, führt
30 dazu, dass Menschen mit kleineren Maschinen nach München geflogen werden, um
31 dann hier umzusteigen und von München aus zu ihrem Zielflughafen weiterzureisen.
32 Somit werden künstlich Flugbewegungen generiert, die erstens vermeidbar und
33 zweitens, mit größeren Maschinen, ökonomischer nutzbar wären. Zudem stellt sich die
34 Frage, wieso der Flughafen London-Heathrow, der auch nur über zwei Bahnen verfügt,
35 mehr als doppelt so viele Passagiere befördern kann.

36

1 Landesentwicklung? – Fehlanzeige!

2 Auch hinsichtlich einer nachhaltigen Landesentwicklung in Bayern ist das Projekt der
3 dritten Startbahn abzulehnen. Die absolute Boomregion München und Flughafen zieht
4 jetzt schon massenweise Leute aus den wirtschaftlich schwächeren Gebieten
5 Nordbayerns ab.

6

7 Qualität statt Quantität der Arbeitsplätze

8 Eines der Hauptargumente, das immer wieder genannt wird ist die Schaffung neuer
9 Arbeitsplätze. Allerdings wird rasch klar, um welche Art von Arbeitsplätzen es sich
10 handelt. Ist im Gutachten von „Effizienzsteigerung Bodendienste“ oder „Privatisierung
11 Luftsicherheit“ die Rede, heißt das übersetzt nichts anderes als Lohnkostensenkung
12 durch Outsourcing und Billigarbeitskräfte. In der Region um den Flughafen können sich
13 diese Arbeitskräfte wegen der extrem hohen Lebenshaltungskosten und des hohen
14 Preisniveaus oft nur mit zusätzlichen staatlichen Transfers ein halbwegs würdiges
15 Leben sichern. Zudem ist der Arbeitsmarkt vor Ort gesättigt und es müssen daher die
16 Arbeitskräfte wieder aus anderen Regionen angeworben werden. Wer hier arbeitet will
17 auch hier wohnen, nur stellt sich das Problem der hohen Mietpreise. Die Kombination
18 aus niedrigen Löhnen, hohen Mieten und einem hohen Preisniveau sorgt dafür, dass
19 die Kaufkraft der Flughafenregion Erding-Freising weit hinter der, anderer Regionen
20 zurück bleibt.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

- 1 AntragstellerIn: Jusos UB Ingolstadt
- 2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz,
- 3 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

4

5 6. Ausbildungsplatzmangel

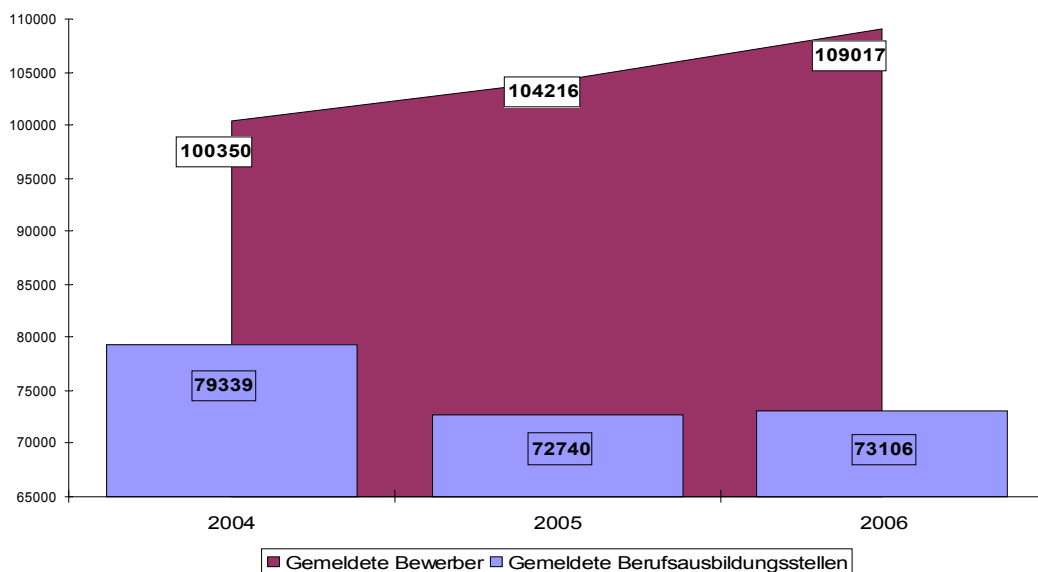
6

7 Die Jusos sowie die gesamte SPD werden aufgefordert, das Thema
8 Ausbildungsplatzmangel offensiver zu thematisieren und zum inhaltlichen Schwerpunkt
9 der nächsten Jahre zu machen.

10 Begründung:

11 Anfang Oktober wurde die Jahresbilanz am Ausbildungsstellenmarkt für das
12 vergangene Ausbildungsjahr 2005/2006 von der Agentur für Arbeit herausgegeben. Es
13 ist erkennbar, dass sich die Situation wieder verschärft hat. In der folgenden Grafik
14 sieht man, dass über 35.000 Ausbildungsplätze in Bayern fehlen, damit jeder Bewerber
15 einen Ausbildungsplatz angeboten bekommt. Von einem auswahlfähigen Angebot ist
16 dann immer noch nicht zu reden.

17



18 Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Unternehmen, die nicht ausbilden,
19 müssen sich an den Kosten ihrer zukünftigen Fachkräfte beteiligen. Das im Jahr 2004
20 im Bundestag beschlossene Gesetz zur Einführung der Ausbildungsplatzumlage muss
21 auf Grund dieser negativen Entwicklung umgesetzt werden. Der von Arbeitgebern und
22 Regierung beschlossene Ausbildungspakt ist gescheitert. Die von der Wirtschaft
23 jährlich zugesicherten 30.000 zusätzlichen Ausbildungsplätze sind nicht erreicht
24 worden.

25

1

2 AntragstellerIn: Juso Unterbezirk München-Land

3 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, Bezirksparteitag der SPD Oberbayern, SPD-
4 Bundestagsfraktion, die oberbayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten

5 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

6

7 **7. Verantwortung nachkommen – Nichtraucher schützen.**

8

9 Wir Jusos Oberbayern fordern endlich eine Politik, die Nichtraucherschutz ernst nimmt.
10 Wir fordern ein umfassendes Rauchverbot, das nicht nur in öffentlichen Gebäuden,
11 Kinos, Bahn- und Flughäfen, sondern auch in Gaststätten gelten muss. Es sollen
12 dennoch abgeschlossene Raucherräume geschaffen werden. Daneben darf dem
13 Minderjährigenschutz nicht nur Alibifunktion zukommen, indem das Mindestabgabalter
14 für Zigaretten auf 18 erhöht wird. Vielmehr muss diese Maßnahme mit einem
15 weitreichenden Tabakwerbeverbot in Deutschland kombiniert werden. Die Politik muss
16 ihrer Verantwortung für die Menschen in diesem Land endlich nachkommen. Es wird
17 Zeit, dass durch den Schutz der Nichtraucher und Nichtraucherinnen, allen Menschen
18 in diesem Land ein gesundes und sicheres Leben ermöglicht wird. Die
19 Bundesregierung und der Deutsche Bundestag dürfen nicht länger die wirksamste
20 Lobbygruppe der Tabakindustrie sein.

21

22 Begründung:

23 Täglich sterben in Deutschland 380 Menschen an den Folgen des Rauchens. Längst
24 hat die medizinische Forschung ergeben, dass davon nicht nur aktive Raucher
25 betroffen sind, sondern dass auch das sogenannte Passivrauchen beinahe ebenso
26 schädliche Auswirkungen auf den menschlichen Organismus hat, wie das Rauchen
27 selbst.

28 Mit zunehmender Enttäuschung und Bitterkeit haben wir in den letzten Jahren zusehen
29 müssen, wie die politischen Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland diese
30 Erkenntnisse ignoriert haben und sich im Gegenteil sogar als Handlanger der
31 Zigarettenindustrie zu willfährigen Lobbyisten in den Gremien der EU machen ließen.
32 Während andere EU-Staaten, wie Irland, Italien und Großbritannien rigide
33 Rauchverbote beschlossen haben, verhinderte die Bundesregierung ein europaweites
34 Tabakwerbeverbot.

35 Nun soll der Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher unter zunehmendem
36 Druck der Öffentlichkeit alibigleich dadurch gewährleistet werden, dass die Regelungen

1

27

1 nach den Vorstellungen der Tabakindustrie gestaltet werden sollen. Ein solches
2 Vorgehen ist nicht nur unverantwortlich, sondern auch in höchstem Maße unverschämt.
3 Ganz zu schweigen davon, dass die nun als große Aktion für den Nichtraucherenschutz
4 ausgerufene Initiative, größtenteils nur den momentanen Ist-Zustand als Soll-Zustand
5 ins Gesetz aufnimmt: in vielen Schulen und beinahe allen Kinos herrscht bereits ein
6 absolutes Rauchverbot.

7 Die Gesundheit der Nichtraucherinnen und Nichtraucher wird der Freiheit, immer und
8 überall zu Rauchen, geopfert. Mit dem Rauchen schädigen die Raucher aber nicht nur
9 sich selbst und zerstören ihre Gesundheit, sondern gefährden auch das Leben der
10 Menschen in ihrer Umgebung.

11 Darüber hinaus verschlingen die negativen Auswirkungen des Rauchens auf die
12 Gesundheit jedes Jahr Unsummen. In Anbetracht der miserablen Haushaltslage der
13 Krankenkassen ist es also auch eine schlicht wirtschaftliche Notwendigkeit, die durch
14 das Rauchen bedingten Gesundheitskosten zu senken.

15 Der Staat hat gemäß Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz die Verantwortung, das Leben
16 und die Gesundheit seiner Bürger zu schützen. Die politischen Verantwortlichen
17 vernachlässigen diese Pflicht in eklatanter Form und verkaufen die Gesundheit der
18 Bevölkerung an die Industrie. Dieses Verhalten ist erschreckend und darf nicht toleriert
19 werden: Die demokratische und soziale Verantwortung der Politik darf nicht den
20 wirtschaftlichen Interessen Einzelner geopfert werden. Demokratie darf nicht durch
21 Lobbyarbeit ersetzt werden.

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1

2 AntragsstellerIn: Juso AG Germering

3 AdressatInnen: An die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesminister für Arbeit und
4 Soziales, Vizkanzler Franz Müntefering SPD

5 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

6

7 **8. Ausbildungsplatzmangel - Probleme mit der neuen Ausschreibungsform der**
8 **Agenturen für Arbeit bei Bildungsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche**

9

10 Die im Zuge der Hartz III Reformen beschlossenen Änderungen bei der Bundesanstalt
11 für Arbeit verkommerzialisieren jegliche lokale Bildungsmaßnahmen für benachteiligte
12 Jugendliche. Das zentrale Auswahlkriterium für Maßnahmen in diesem Bereich
13 orientiert sich an Qualität und Nachhaltigkeit nur noch innerhalb vorgegebener
14 Budgetrahmen, die außer Dumping- und Großanbietern die meisten lokalen Projekte
15 aus dem Wettbewerb verdrängen.

16 Diese im Rahmen der Agenda 2010 eingeführten Strukturreformen stehen entgegen
17 aller Ankündigungen gerade gegen „Innovation, Wachstum, Arbeit und Nachhaltigkeit“.
18 Die SPD-Bundestagsfraktion und Franz Müntefering werden daher aufgefordert,
19 diesem Tatbestand entgegenzuwirken und damit für die sozialschwache Gruppe der
20 benachteiligten Jugendlichen durch Förderung von lokalen Maßnahmen bessere
21 Zukunftsperspektiven zu schaffen.

22

23 **Begründung:**

24 Alle Maßnahmen der Arbeitsagenturen und der ARGEN müssen nach VOL/A
25 ausgeschrieben werden, d. h. eine schnelle Reaktion vor Ort ist nicht möglich und jede
26 Initiative ist mit unheimlich hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Es gibt kaum "freie
27 Gelder" für innovative Projekte.

28 Ausschreibungen über das REZ (Regionales Einkaufszentrum der Arbeitsagenturen)
29 beziehen zu wenig die bisherige Qualität der Bieter mit ein, die einfach messbare
30 Qualität spielt bei der nächsten Ausschreibung eine untergeordnete Rolle, wie z. B.
31 Vermittlungsquoten der Maßnahme oder die Rückmeldung der Arbeitsberater vor Ort
32 Die Losgrößen, in denen die Ausschreibungen erfolgen, sind auf große Träger
33 zugeschnitten, kleine Maßnahmeträger müssen sich in BGB-Gesellschaften bewerben,
34 um überhaupt eine Chance zu haben, das bringt große haftungsrechtliche Probleme mit
35 sich und schließt öffentliche Träger von vornherein aus.

36

1 Alle Ausschreibungen werden mit Hilfe der UFAB-Formel bewertet, wobei das
2 Leistungsangebot mit 55 Prozent und das Preisangebot mit 45 Prozent gewichtet
3 werden. Dies öffnet Dumpingangebietern Tür und Tor. Unterwertige und untertarifliche
4 Beschäftigung wird gefördert, da es kein Qualitätskriterium in den Ausschreibungen ist,
5 ob ein Bildungsträger nach Tarif bezahlt oder nicht

6 Durch jährliche Ausschreibungen wird ein enormer Druck auf Träger wie Verwaltung
7 ausgeübt. Dem wurde in Ansätzen durch verlängerte Ausschreibungen seit 2006
8 entgegengetreten, dennoch besteht auch in diesem Bereich weiterer Ausbaubedarf

9 Eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Träger und AA ist auf diese Weise
10 kaum möglich, gerade diese ist jedoch bei benachteiligten Jugendlichen besonders
11 wichtig, da sie oft in ihrem sozialen Umfeld keine Konstanten kennengelernt haben

12 Die fachliche Einschätzung der Arbeitsagenturen vor Ort wird seit 2006 ansatzweise
13 berücksichtigt, dennoch bestehen strukturelle Einschränkungen, da diese ebenso wie
14 die Träger in einem zentralen Korsett gefangen sind

15 Abschließend wird die Forderung noch durch eine weitere Strukturreform begründet:

16 Durch das unzureichende neue Förderkonzept der Agentur für Arbeit für
17 Berufsvorbereitende Maßnahmen nach § 61 SGB III sind lokale Maßnahmen für
18 benachteiligte Jugendliche besonders Notwendig. Prinzipiell wird durch das Konzept
19 eine Qualitätssteigerung für diejenigen Jugendlichen erreicht, deren Probleme in der
20 Berufsfindung, beruflichen Kompetenzsteigerung und Ausbildungsplatzsuche bestehen.
21 Sozial auffällige Jugendliche werden durch die fehlende persönliche Bindung an
22 Pädagogen/Ausbilder eher durch das Raster der Arbeitsagenturen fallen

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1 AntragstellerIn: Jusos UB München-Stadt

2 AntragsempfängerInnen: SPD-Landesgruppe im Bundestag, SPD-Bundestagsfraktion,

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Verkehrsausschusses des Bundestages,

4 Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, SPD Unterbezirk München, SPD

5 Landesverband Bayern, Christian Ude (als Präsident des deutschen Städtetages)

6 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

7

8 **9. Ja, zur öffentlichen Verantwortung für umweltfreundliche Mobilität!**

9 **Nein, zur Privatisierung der Bahn!**

10

11 Die SPD Bundestagsfraktion und der SPD Bundesverkehrsminister werden

12 aufgefordert, keinen – auch teilweisen – Privatisierungsmodellen für die Deutsche Bahn

13 zuzustimmen und stattdessen ein Modells zu erarbeiten, bei dem unsere Bahn

14 vollständig in öffentlicher Hand weiterentwickelt wird.

15

16 Begründung:

17

18 Die Bahn ist das Rückgrat des umweltfreundlichen Verkehrs für alle. Diese Mobilität

19 unserer Bürger/innen darf nicht den Gewinninteressen von Privatfirmen untergeordnet

20 werden. Deshalb müssen Sozialdemokraten/innen jede Variante einer Privatisierung

21 und damit eine Enddemokratisierung entschieden ablehnen. In unserem gültigen

22 Grundsatzprogramm heißt es: „Das Wettbewerbssystem ist ungeeignet, die Menschen

23 mit Gemeinschaftsgütern und –Leistungen zu versorgen. Infrastruktur und soziale

24 Dienste bereitzustellen, ist vor allem öffentliche Aufgabe“. Der Privatisierung der Bahn

25 zuzustimmen, wäre ein Verrat an unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und

26 würde auch dem Geist unserer Verfassung widersprechen.

27

28 Der Staat hat die Aufgabe sicher zustellen, dass alle Bürger/innen die Möglichkeit

29 haben umweltfreundlich mobil zu sein. Dies wäre nicht mehr gewährleistet, wenn der er

30 nur noch Eigentümer des Schienennetzes ist. Eine Privatisierung des Zugverkehrs

31 würde aber im Gegenteil enorme Verschlechterungen mit sich bringen. Die

32 Renditeerwartungen privater Bahnbetreiber würden die Fahrpreise in die Höhe treiben.

33 Private Bahnbetreiber würden sich auf diejenigen Strecken konzentrieren, die die

34 höchste Rendite abwerfen. Bei privaten Betreibern droht auch, dass sie ihre Züge auf

35 Verschleiß fahren und sich dann vom Markt verabschieden. Auf der Schiene ist

36 systembedingt keinen klassischen Wettbewerb, wie auf der Straße oder Luft, möglich.

1 Deshalb muss auch vermutet werden, dass dieser Wettbewerb dann im Bereich des
2 Sozialdumpings stattfinden wird. Unterschiedliche Wettbewerber auf verschiedenen
3 Schienenabschnitten würden auch Tarife und Fahrpläne noch unübersichtlicher
4 machen und damit mehr und mehr Bürgern/innen das Bahn fahren verleiden. Neben
5 Renditeerwartungen ist für private Investoren unter Umständen noch ein zweiter
6 Gesichtspunkt interessant: Beseitigung von Konkurrenz. So könnte es sein, das
7 Fluggesellschaften oder die Autoindustrie zu diesem Zweck in das Bahngeschäft
8 einsteigen. In Großbritannien waren das Airlines wie Virgin und Busgesellschaften wie
9 Stage Coach.

10

11 Das über 170 Jahre von Bürgern aufgebaute Vermögen, das wir an unserer Bahn
12 haben, darf nicht einfach still und leise verscheuert werden. Es handelt sich bei der
13 Frage über die Eigentumsverhältnisse um eine Epochale Entscheidung, der weit mehr
14 Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, als Beispielweise der Diskussion einzelner
15 möglicher Transrapidtrassen. Eine Privatisierung würde wieder einmal Gewinne
16 privatisieren, während Verluste beim Volk bleiben würden. Es muss befürchtet werden,
17 dass der Bahnbetrieb unter Wert verkauft würde. Der Staat müsste nach einer
18 Privatisierung weiterhin ähnliche Summen für das System Schiene ausgeben wie vor
19 der Privatisierung. So würde das bereits heute bei der Bahn gängige Prinzip, die
20 Schienen, für deren Pflege sie eigentlich Milliarden aufwenden müsste, so lange
21 verfallen zu lassen, bis sie nur durch eine vom Staat zu zahlende Generalsanierung in
22 Stand gesetzt werden können, weiter um sich greifen. Bei Großprojekten wie dem Bau
23 der Durchgangsbahnhöfe in Leipzig, Stuttgart und München müsste die öffentliche
24 Hand den Großteil der Baukosten tragen, die Gewinne beim Verkauf der dann nicht
25 mehr benötigten Innenstadt-Grundstücke würden dann die Aktionäre der Bahn
26 einstreichen.

27

28 Wie so oft bei den neoliberalen Privatisierungsprojekten wäre die Bilanz eindeutig: Am
29 Ende bezahlen die Fahrgäste, die Umwelt und spätere Generationen den Preis;
30 kurzfristig profitieren wenige private „Investoren“, die kein Interesse an sozialen
31 Gesichtspunkten sowie an Umwelt und Gemeinwohl haben. Die Folgen einer
32 Bahnprivatisierung sehen wir in England: zahllose Streckenstilllegungen, explodierende
33 Preise, Massenentlassungen und Fahrplanchaos.

34

35

36

- 1 AntragsstellerIn: Jusos UB München-Stadt
- 2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion,
- 3 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bezirksparteitag
- 4 Die Juso –Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

5

6 **10. Wider dem gesellschaftlichen Rollback**

7

8 Die Situation von Frauen in Geschichte und Gegenwart zeigt eine große Heterogenität
9 der Lebenslagen. Eines jedoch hatten und haben bis heute Frauen gemeinsam – ihre
10 Diskriminierung und Unterdrückung nur aufgrund ihres Geschlechts.

11 Sie galten lange Zeit nur als Menschen zweiter Klasse. Der Kampf der Frauen um ihre
12 Rechte reicht weit zurück, ist geprägt von Fortschritten und Rückschritten, von
13 Widerständen und Unterstützungen und er ist noch nicht zu Ende, weder bei uns noch
14 in anderen Ländern oder Kulturkreisen. Eine vollständige Gleichberechtigung ist weder
15 juristisch noch tatsächlich erreicht. Schaut man nur in die jüngere deutsche Geschichte
16 zurück, dann fallen viele Stationen ein: Anfangen 1848, als Frauen die Grundrechte
17 zuerkannt wurden, in einer Verfassung, die leider nie in Kraft trat. Erst Anfang des 20.
18 Jahrhunderts bekamen die Frauen die Möglichkeit zur Hochschulausbildung. In Bayern
19 war der Sozialdemokrat Georg von Vollmar der vehementeste Streiter für das
20 Frauenstudium im Landtag. Es geht weiter über das Wahlrecht 1918, bis zu den
21 Kämpfen seit den 60ern und 70ern, um den Paragraphen 218 und einer Gleichstellung
22 zwischen Mann und Frau, sowohl auf politischer, sozialer als auch beruflicher, genauso
23 wie privater Ebene. Die weiter aufgehende Gehaltsschere zwischen Männern und
24 Frauen, das Festhalten am Ehegattensplitting, der nach wie vor unzureichende Schutz
25 vor männlicher Gewalt zeigen nur einen kleinen Ausschnitt dessen, was noch verändert
26 werden muss.

27 Während auf der einen Seite öffentlich immer wieder gern von den sog. Neuen
28 Männern, die eine veränderte männliche Rolle anstreben und gerne Verantwortung in
29 der Familie übernehmen würden, gesprochen wird, ist auf der anderen Seite in letzten
30 Monaten, ein starker gesellschaftlicher Rollback zu erkennen. Schlagwörter wie
31 Gebärstreik und Versorgerehe geistern durch die Medien. Die Demographiedebatte
32 wird dafür benutzt, alten Rollenbildern wieder Tür und Tor zu öffnen.

33

34 Es werden Horrorszenarien von einer Gesellschaft bestehend nur aus "Greisen"
35 gezeichnet, um Frauen, die keine Kinder wollen, ein schlechtes Gewissen einzureden.
36 Es wird vom "Schöpfungsauftrag" gesprochen, den die Frau zu erfüllen hat, um den

1 erhofften "Familiensegen" herbeizuführen, der natürlich nur dann eintritt, wenn die Frau,
2 anstatt sich zu einem "maskulinen Wesen" zu entwickeln, zurück an den Herd geht.
3 Eva Hermanns Buch ist nur ein Beispiel unter einer ganzen Reihe von reaktionären
4 Beiträgen, die eine Kulturrevolution versuchen. Den Feministinnen wird vorgeworfen,
5 Schuld "am Aussterben der Deutschen" zu sein.
6 Die Emanzipation der Frau wird als einziger Grund für vermeintlich zu niedrige
7 Geburtenzahlen angeprangert. Völlig ausgeblendet bleibt zumindest bei den meisten
8 Beiträgen die Verantwortung von Männern für die deutsche Geburtenmalaise: erst seit
9 kurzen werden Zahlen bekannt, dass Männer sich in weit größerem Maß als Frauen
10 keinen Nachwuchs wünschen und dass viel mehr Frauen Kinder hätten, wenn sie den
11 richtigen Partner finden würden. Unter einem geeigneten Vater stellen sich die meisten
12 Frauen aber eben nicht einen rund-um-die Uhr arbeitenden Mann vor, der seine Frau
13 zu hause bei den Kindern sehen will, und hofft, dass abends ein warmes Essen auf
14 dem Tisch steht und der am Wochenende dann mit stolzgeschwellter Brust den
15 Kinderwagen zum Spielplatz schiebt. Nicht die Emanzipation der Frauen ist das
16 Problem, sondern das Selbstverständnis vieler Männer.
17 Dabei muss man nur einen Blick in die skandinavischen Nachbarländer oder nach
18 Frankreich werfen, um zu erkennen, wie unsinnig die Argumente der deutschen
19 Emanzipationsschelte sind. Die Frauenerwerbsquote und auch die Geburtenraten sind
20 in diesen Ländern wesentlich höher als in Deutschland. Einen negativen
21 Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Geburtenrate herzustellen ist somit
22 empirisch nicht haltbar.
23 Den Begriff der "Rabemutter", der in den Medien eine Renaissance feiert, gibt es
24 weder in Frankreich noch in Skandinavien und auch sonst in keiner anderen Sprache.
25 Deswegen werfen diese Länder den Berufstätigen auch nicht vor, dass ihre Kinder "auf
26 Grund fehlender Bemutterung deutliche Defizite wie motorische oder sprachliche
27 Störungen" haben. Dies ist eine exklusiv deutsche Diskussion.
28 Eine neue Studie der Bonner Universität und auch die PISA-Studie zeigen, rund 70%
29 der schulisch erfolgreichen Kinder haben ganz- oder halbtagsarbeitende Mütter. Für
30 Ostdeutschland, wo 57,7% der Mütter Vollzeit arbeiten, hat bereits die Pisa-Studie
31 gezeigt, dass diese Kinder überwiegend eine höhere Bildung aufweisen. Ihre
32 Bildungschancen sind größer, als bei Kindern, deren Mütter Teilzeit oder gar nicht
33 arbeiten.
34 Das es immer noch viel weniger Frauen in Spitzenpositionen gibt als Männer, obwohl
35 sie diese in Sachen Bildung schon längst überholt haben, ist leider eine traurige
36 Wahrheit. Doch liegt die Ursache dafür nicht darin, "dass Frauen auf Grund ihrer Natur,

1 der Konkurrenz, von Männern nicht gewachsen sind", sondern dass sie im Gegensatz
2 zu den Männern unter einer dreifach Belastung leiden (Arbeit, Erziehung der Kinder,
3 Haushalt) und sich gegen tradierte Vorurteile zu wehr setzen müssen. Mit Sorge ist der
4 Versuch der Biologisierung von Geschlechtsunterschieden zu betrachten. Damit sollen
5 Legitimationsargumente für eine tradierte Rollenzuschreibung gefunden und eine
6 traditionelle Gesellschaftsordnung mit eindeutigen Zuordnungen aufrecht erhalten
7 werden. Damit soll über strukturelle Probleme hinweggetäuscht werden, wie
8 beispielsweise, dass die Zahl der Männer, die Erziehungsurlaub nehmen, die
9 Fünfprozentmarke bis jetzt noch nie überschritten hat und in 90% der Familien die
10 Frauen die Reproduktionsarbeit^[1] übernehmen. Ulrich Beck bezeichnete dieses
11 männliche Verhalten als "verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender
12 Verhaltensstarre".

13 Die Jusos Oberbayern sprechen sich für einen Pluralismus der Lebensformen aus, d.h.
14 wir erkennen jede Art sein Leben zu gestalten an: in der Ehe, mit oder ohne Kinder, als
15 Single, usw... Wir sprechen uns gegen Rollenzuweisungen an Frauen und Männer aus
16 und lehnen eine Biologisierung von vermeintlich geschlechtsspezifischen
17 Verhaltensweisen ab. Wir, die Jusos, sind nicht der Meinung von Frau Herman, wenn
18 sie behauptet, dass "dauerhafte Harmonie und Frieden in einer Familien von einer
19 traditionellen Rollenverteilung abhängt" und versuchen deswegen darauf hinzuwirken,
20 dass Aufgaben, wie die Betreuung und Erziehung von Kindern, sowie andere
21 Reproduktionstätigkeiten von beiden Elternteilen gleichermaßen erledigt werden. Wir
22 treten für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt ein. Des
23 Weiteren ist auch der Ausbau der Kinderbetreuung schon ab dem Kleinstkindsalter
24 unerlässlich für eine wirkliche Verbesserung der Chancengleichheit aller Kinder.

25 Das Ziel muss sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, aber auch eine
26 gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen für Frauen und Männer, die sich bewusst
27 gegen ein Kind entscheiden.

28 Die Jusos sprechen sich deutlich gegen eine Anti- Emanzipationspropaganda aus.
29 Anstatt Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft auf dem Rücken der Frauen
30 auszutragen, muss die Politik strukturelle und rechtliche Defizite beheben.

31 Auch Eva Herman hat ihre Grundrechte, wie das Recht auf freie Meinungsäußerung
32 oder das Wahlrecht, sowie die Möglichkeit einer Karriere der Frauenbewegung zu
33 verdanken.

34 Die Jusos stehen für eine progressive Frauenpolitik, die die unterschiedlichen
35 Lebenslagen und -entwürfe von Frauen in den Mittelpunkt stellt. Deswegen lehnen wir
36 die zunehmende Vermischung von Frauen- mit Familienpolitik ab. Wir führen die

1 gesellschaftlich notwendige Diskussion über veränderte Geschlechtervorstellungen und
2 wir nehmen die Durchsetzung von Gleichstellung ernst – auch in unseren eigenen
3 Reihen und setzen uns dafür ein.

4 Die SPD muss wieder als Partei der Frauen ins Licht der Öffentlichkeit rücken. Es darf
5 nicht in Vergessenheit geraten, dass es die Sozialdemokratie mit ihrer langen
6 Geschichte war, die sich immer schon für die Gleichberechtigung eingesetzt hat. Das
7 Image einer modernen Frauenpartei ist in der letzten Zeit zu sehr von anderen Parteien
8 versucht worden zu besetzen – nicht zuletzt auch von den Konservativen. Es muss
9 wieder deutlich gemacht werden, dass die SPD anders als die Union neben einer
10 verbesserten Familienpolitik auch für eine konsequente Frauenpolitik steht.

11 Schon Marx und Engels haben geschrieben, dass sich der Grad der Fortschrittlichkeit
12 einer Gesellschaft an der gesellschaftlichen Stellung der Frauen messen lassen kann.
13 Nicht nur die Renaissance reaktionärer Thesen, sondern auch zahlreiche Statistiken –
14 die eine strukturelle Benachteiligung von Frauen nachweisen – zeigen, dass weiterhin
15 für diese Fortschrittlichkeit gekämpft werden muss.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33 [\[1\]](#) Reproduktionsarbeit beinhaltet Tätigkeiten, die außerhalb der unmittelbaren Produktionssphäre
34 liegen, insbesondere die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Arbeitskraft, sowohl auf
35 individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Als reproduktive Tätigkeiten gelten insbesondere
36 Kinderbetreuung, -versorgung und -erziehung sowie Hausarbeit, die traditionell den Frauen
37 zugeschrieben wurde

- 1 AntragstellerIn: Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern
- 2 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, zur Kenntnis der Wiesenwirte
- 3 Die Juso - Bezirkskonferenz möge beschließen: **Abgelehnt**

4

5 **11. Stopp dem Amoklauf der Landhausmode**

6

7 Für den kritischen Wiesnbesucher bot sich auch in diesem Jahr wieder ein Bild des
8 Schreckens. Nicht sind es heutzutage nur mehr schlecht eingeschenkte Maß und
9 versalzene Hendl, welche die Freude am gemütlichen Beisammensitzen trüben. Die
10 modischen Verfehlungen der zahlreichen Besucher in pseudo-bayerischer Verkleidung²
11 schlagen dem Kenner von Jahr zu Jahr schwerer aufs Gemüt, mittlerweile mit einer
12 Häufigkeit und Penetranz, dass die Zeit zu handeln gekommen ist:

13 Die Jusos Oberbayern fordern daher das strikte Verbot von Landhausmode auf dem
14 Oktoberfest. Auch Auswärtige, die zwar Probleme haben, ordentlich eine
15 Leberkäsemmel zu bestellen, jedoch „mal richtig urig 'ne bayerische Tracht“ tragen
16 wollen, müssen unter Beobachtung stehen. Jedoch sind besonders weite Teile der
17 Münchner Großstadtjugend auffällig geschmacklos gekleidet, wodurch auch hier der
18 Finger in die Wunde gelegt werden muss. Diese Reglementierung darf allerdings im
19 Umkehrschluss nicht dazu führen, dass sich nur noch Reiche mit Tracht auf dem
20 Oktoberfest zeigen können. Daher fordern wir in einem weiteren Schritt ein
21 Umlagesystem zur solidarischen Finanzierung der weitaus teureren Originaltrachten.

22

23 Begründung:

24 Überall auf der Welt gibt es traditionelle Bekleidungen, die leider mit voranschreitender
25 Globalisierung zusehends aus dem alltäglichen Bild verschwinden. Auch in Oberbayern
26 verschärfte sich dieser Trend in den letzten Jahrzehnten rapide. So ist das Tragen von
27 Tracht in München nahezu schon ein exotisches Phänomen.

28 Einmal im Jahr scheint jedoch für zwei Wochen die Renaissance des alten Brauches
29 gekommen. Das größte Volksfest der Welt lässt Tausende ihre originalgetreuen Dirndl
30 und Lederhosen aus dem Schrank holen – Hunderttausenden hingegen ist es Anlass
31 in einschlägige Geschäfte zu stürmen und zu konsumieren, was besser nie produziert
32 worden wäre: Auch hier nennt sich das Corpus Delicti ein Dirndl, doch die Ähnlichkeit
33 zu beispielsweise einer Miesbacher Tracht – der bekanntesten oberbayerische Tracht –
34 ist nicht einmal für den nachsichtigsten Betrachter zu erkennen. Farbkombinationen wie
35 kaugummifarbenes Pink mit giftgrünen Schürzen sind keine Seltenheit. Die Schultern
36 sind meist nicht bedeckt, geschweige denn die Knie.

1 ² Hier sind auch insbesondere gebürtige Münchner und Oberbayern gemeint

1 Auch beim Angebot für Männer ist keine Besserung in Sicht. Sehr beliebt sind graue
2 Leinenhemden, die besonders rustikal aussehen sollen durch Aufdrucke in
3 Frakturschrift auf Vorder- und Rückseite. „Trachtenvogel 1705“ oder ähnliches steht
4 dort zu lesen. Die Lederhosen werden gerne durch abstruse Stickereien ergänzt. Das
5 komplette „Wiesnset“ ist dann für 79 Euro im Oktoberfest-Store erhältlich.

6 Auch wenn es grundsätzlich gegen die Vorstellungen der Jusos spricht, sollte hier keine
7 falsch verstandene Toleranz walten. Es handelt sich hier immerhin noch um das
8 Oktoberfest, einen fast 200 Jahre alten, ernsthaften Brauch und nicht den Kölner
9 Karneval. Ein gewisses Mindestmaß an taktvoller Bekleidung muss von allen
10 Besuchern ausnahmslos akzeptiert werden, die bayerische Tradition darf nicht um des
11 Kommerzes willen schändlich durch den Schmutz gezogen werden – schon gar nicht
12 von Leuten, die von Bayern außer dem Bierzelt bisher nichts gesehen haben.

13 Wenn nun künftig durch mehr gegenseitiger Rücksicht die Nerven unserer
14 traditionsbewussten Mitbürger geschont werden, ist es sicherlich auch wieder möglich,
15 dass die unterschiedlichsten Besucher, Auswärtige und Einheimische, Junge und Alte,
16 Traditionalisten sowie Progressive beieinander sitzen, und ihre Maß und den
17 Schweinsbraten in Eintracht verzehren, so wie man sich das von einer gemütlichen
18 Wiesn auch erwartet.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35 AntragsstellerIn: Bezirksvorstand Juso Oberbayern

1 Adressaten:SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung,

2 Parteivorstand der SPD

3 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

4

5 **12. Soziale Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld I – für Jung und Alt!**

6

7 Die Jusos Oberbayern fordern eine Verbesserung des Bezugs von Arbeitslosengeld I in
8 folgendem Sinne: für die Länge der Bezugsdauer soll die Anzahl der Beitragsjahre
9 ausschlaggebend sein.

10 Entscheidend dabei ist, dass die Anspruchsberechtigung (vor allem junger) Menschen
11 mit wenigen Beitragsjahren nicht angetastet werden darf: die Bezugsdauer darf hier
12 nicht „als Ausgleich“ abgesenkt werden.

13 Die anfallenden Mehrkosten von ca. 700 Mio. € sollen kurzfristig aus den durch die
14 Einführung des Arbeitslosengeldes II erzielten Überschüssen der Agentur für Arbeit,
15 mittelfristig durch eine etwas geringere Absenkung des Beitrages für die
16 Arbeitslosenversicherung finanziert werden.

17

18 **Begründung:**

19

20 Weite Teile der SPD haben bereits bei Vorlage des ersten Hartz IV-Entwurfs eine
21 Staffelung der Bezugsdauer für langjährig beitragspflichtig Beschäftigte gefordert. Diese
22 Menschen haben durch ihre Beiträge gemäß Solidarprinzip jahre- und jahrzehntelang
23 für arbeitssuchende Mitbürgerinnen gesorgt, können nun nicht mehr auf die gleiche
24 Fürsorge hoffen. Das wird von weiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht empfunden
25 und hat das Vertrauen in Staat und soziale Sicherungssysteme erschüttert. Wir
26 mussten den Unmut dieser BürgerInnen durch massenhafte Parteiaustritte, einen
27 deutlichen Anstieg von NichtwählerInnen und eine ganze Serie verlorener Wahlen
28 erfahren.

29 Will die SPD ihre Glaubwürdigkeit als Anwalt für soziale Gerechtigkeit wieder
30 herstellen, darf sie diese Forderung nach einer fälligen Korrektur nicht den politischen
31 Mitbewerbern überlassen.

32 Es besteht dabei keine Notwendigkeit, die längere Bezugsdauer mit dem Hinweis auf
33 einen drohenden Generationenkonflikt zu verhindern: die Mittel für eine gerechte
34 Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung für Jung und Alt sind vorhanden.

35

36 AntragstellerIn: Johannes Hintermaier, Simone Burger, Jens Röver

1 Adressaten: Juso-Landesverband, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
2 SPD-Landesgruppe
3 Die Juso-Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

4

5 **13. Mittel für Arbeit gegen Rechtsextremismus aufstocken**

6

7 2001 begann die Rot-Grüne Bundesregierung Initiativen und Projekte gegen
8 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu fördern. Die Stärkung und der
9 Aufbau zivilgesellschaftlicher Projekte und lokaler Netzwerke gegen
10 Rechtsextremismus sowie professioneller Beratungs- und Netzwerkstrukturen waren
11 äußerst erfolgreich.

12 Für das Jahr 2007 konnten nach langem Hin und Her wieder 19 Millionen für ein
13 Programm gegen Rechtsextremismus und zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und
14 Toleranz bereitgestellt werden. Allerdings sind die bestehenden Projekte (z.B. entimon,
15 CIVITAS oder EXIT) in ihrem Bestand gefährdet. Da die Förderung der Programme auf
16 Bundesebene ausläuft und nicht weitergeführt wird, werden trotz der
17 Übergangsunterstützung von 5 Millionen diese erfolgreichen Projekte auslaufen.

18 Nicht nur die Wahlerfolge von Rechtsextremisten sondern auch die wachsende Zahl
19 rechtsextremer Straftaten sollten bis jetzt alle DemokratInnen alarmiert haben.

20

21 Wir fordern daher, dass die bestehenden Projekte weiter aus Bundesmitteln gefördert
22 werden. Zudem fordern wir, dass deutlich mehr Geld für den Kampf gegen
23 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bereitgestellt wird. Zur Verstetigung
24 muss das Geld in eine Stiftung überführt werden.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36 AntragsstellerIn: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

1 Adressat/Innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz, SPD-Parteitag
2 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **An Bezirksvorstand verwiesen**

3

4 **14. Nachhaltige Energiepolitik für die Zukunft**

5

6 Die Jusos Oberbayern erachten die Nachhaltigkeit, Dezentralisierung und Autonomie
7 der Energieversorgung als die Grundlage einer vernünftigen, langfristig ausgelegte
8 Energiepolitik. Solch eine Politik sollte sich an folgenden Kriterien orientieren:

9

- 10 • Ökonomische Nachhaltigkeit, d.h. entweder direkt unbegrenzte
11 Nutzbarkeit oder Erneuerbarkeit im Sinne ausgewogener, geschlossener
12 Kreisläufe.
- 13 • Ökologische Nachhaltigkeit, d.h. Schutz der Umwelt und damit auch der
14 Menschen, z.B. Klimaschutz und Schutz vor Giften und Radioaktivität in
15 Luft, Wasser und Böden.
- 16 • Dezentralisierung und Autonomie der Energiegewinnung
- 17 • Aus diesen Punkten resultierend Versorgungssicherheit und Stabilität von
18 Energie- und damit Strompreis.

19

20 Ausgewogene, geschlossene Kreisläufe bedeuten, dass das Gleichgewicht der
21 verschiedenen Stoffe in der Umwelt gewahrt bleibt. Problematisch ist dies z.B. bei der
22 stark im Kommen begriffenen Biomasse. Gegen das Verbrennen, Vergären oder
23 Vergasen von Holzabfällen ist erst einmal nicht einzuwenden, sofern bei die
24 letztendliche Verbrennung nur geringe Schadstoffe freigesetzt werden. Wenn allerdings
25 die Holzabfälle wegen der hohen Strompreise anderen Industriezweigen (etwa wie
26 momentan schon der Papierwirtschaft) „weggekauft“ werden und daher letztendlich
27 mehr Wälder abgeholzt werden müssen, so ist diese Form der Energieversorgung
28 durch fossilen Brennstoffen in keinster Weise überlegen.

29

30 Eine Analyse verschiedener Formen der Energieerzeugung zeichnet unter diesen
31 Gesichtspunkten ein relativ klares Bild:

32

33

34

35 1.) **Die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas** sind endlich und Klima
36 schädigend, weil ihr Verbrauch massiv über ihrer langsamen Neu-Bildung liegt.

1 Dadurch ist der Kreislauf aus Verbrennung, Reassimilation des CO₂ durch
2 Pflanzen und Entstehung der Energieträger sehr unausgewogen, es kommt zu
3 einem problematischen Überschuss an CO₂ und einem Sinken des Brennstoff-
4 Angebots.

5
6 Außerdem werden nach wie vor bei vielen dieser Verbrennungen neben CO₂
7 auch Kohlenmonoxid, Schwefeloxide und Stickstoffoxide freigesetzt, welche
8 etwa durch sauren Regen Pflanzen und Gewässer schädigen und durch Boden-
9 Ozon auch eine direkte Gefährdung des Menschen bedeuten. Da diese
10 Energieträger hauptsächlich importiert werden, zumeist aus politisch recht
11 instabilen Regionen, sind Autonomie und damit selbst kurzfristige
12 Versorgungssicherheit nicht gegeben.

13
14 2.) **Auch die Kernenergie** ist diesbezüglich sehr kritisch zu bewerten. Sie
15 verbraucht einen endlichen Vorrat an Brennstoff und erzeugt einen strahlenden
16 Müll, der praktisch nicht mehr abgebaut wird – gerade letzteres halten wir für
17 sehr problematisch; wer kennt z.B. schon die politischen Verhältnisse in einigen
18 hundert oder gar tausend Jahren. Die geologische Stabilität eines Salzstocks ist
19 also weitaus zuwenig Garantie. Auch dass die Frage der Endlagerung politisch
20 immer noch (!) nicht geklärt ist, weil jede Regierung den schwarzen Peter an die
21 Nächste weiter schiebt, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Politik hier in
22 einer Sackgasse steckt.

23
24 In Hinblick auf Brennstoffversorgung, Energieerzeugung, und Müllentsorgung
25 kann von Autonomie und Dezentralisierung also keine Rede sein. Die radioaktive
26 Belastung der Umwelt während des Betriebs mag zwar recht gering erscheinen,
27 umso verheerender können sich aber Störfälle auswirken. Dies sollte auch 20
28 Jahre nach Tschernobyl , dem letztlich Grund für den „Nürnberger
29 Ausstiegsbeschluss“ der SPD, noch der gewichtigste Nachteil sein.
30 Technologien wie die Wiederaufbereitung bzw. der Einsatz von Brütern können
31 zwar die Versorgungslage verbessern; die Nachteile hinsichtlich
32 Sicherheitsbedenken bzgl. des dabei entstehenden Plutoniums und bzgl. der
33 Reaktoren überwiegen aber aus unserer Sicht.

34
35 Deutlich besser sind andere Methoden der Energiegewinnung einzustufen:

1 3.) **Bei Solarenergie, Wasser- und Gezeitenkraftwerken** etwa sind keine
2 gravierenden Beeinträchtigungen der Umwelt zu befürchten. Die beiden
3 Letzteren erfordern gewisse Eingriffe in die Umwelt (Bau, Fischbestand, etc.),
4 welche aber letztendlich als viel weniger schwerwiegend einzustufen sind als bei
5 den beiden Vorherigen. Bei der Windkraft sollte sicher noch genauer geprüft
6 werden, inwieweit eine Beeinträchtigung von Mensch (aber auch Tier) durch
7 niederfrequenten Schall vorliegt, was von manchen Umweltorganisationen
8 befürchtet wird.

9
10 4.) **Der Einsatz von Biomasse** hängt von der Form der Nutzung ab. Während
11 etwa ein Raps(-Diesel)-Anbau genauso viel Kohlenstoff assimiliert, wie bei der
12 Verbrennung dissimiliert wird (ausgewogener, geschlossener Kreislauf), ist eine
13 Abholzung von Wäldern, beispielsweise zur Holzvergasung, nicht nachhaltig.
14 Auch muss bei Verbrennungen darauf geachtet werden, keine anderen, etwa
15 oben genannte Stoffe in nennenswertem Umfang freizusetzen – hier helfen vor
16 allem spezielle Filter.

17
18 Alle o.g. Nachteile sind durch Entwicklung und konsequenten Einsatz von Technologie
19 und/oder Vorschriften möglichst zu minimieren, wobei auch klar sein muss, dass sie
20 sich in der Realität wohl nicht gänzlich vermeiden lassen.

21
22 Nicht zu vergessen ist die bekannteste und gleichzeitig unbemerkteste „Energie-Form“,
23 in der das mit Abstand größte Zukunftspotential liegt – dem **Sparen von Energie**.

24 All diese vorteilhafteren Energieformen können allerdings nur unzureichend
25 wissenschaftlich und wirtschaftlich verfolgt werden, weil der Staat nach wie vor viel
26 Geld in die „alten“ Energien steckt, insbesondere in die Kernkraft, die insgesamt
27 übrigens deutlich teurer ist, wie im Allgemeinen angenommen wird.

28
29 **Also benötigen wir nach wie vor den Atomausstieg.**

30 Zusammenfassend kann man sagen, dass bei den letzteren Formen der
31 Energiegewinnung bzw. dem Sparen mit Blick auf die oben genannten Kriterien also ein
32 sinnvoller Umgang möglich – sie sind prinzipiell zu befürworten. Bei den Erstgenannten,
33 also Uran, Kohle, Öl und Erdgas, ist dies dagegen völlig indiskutabel. Hier wäre die
34 Politik gefordert.

35 AntragsstellerIn: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

36 Adressat/Innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz

1 Die Juso- Bezirkskonferenz möge beschließen: **An Bezirksvorstand verwiesen**

2

3 **15. Arbeiterpartei statt Arbeitskreispartei**

4

5 **A) Problemstellung**

1

2 Die Jusos haben sich immer in einer besondere Verantwortung für Benachteiligte
3 und/oder Diskriminierte gesehen. Deshalb sind Gleichberechtigung, Antirassismus und
4 eine betont sozial ausgerichtete Politik wichtige Brennpunkte unseres politischen
5 Denkens und Handelns.

6

7 Am Beispiel der Gleichberechtigung der Geschlechter konnten und können wir
8 feststellen,

9 dass eine rechtliche Gleichstellung noch lange nicht ausreicht, um faktische
10 Ungleichheiten und Nachteile zu beseitigen. Vielmehr muss ein Umdenken stattfinden
11 und durch deutliche, Selbstaufgelegte Maßnahmen und Regeln aktiv an der Beseitigung
12 der Benachteiligung gearbeitet werden (z.B. „Quote“). Nur so kann, etwa im Juso-
13 Verband, auf Dauer erreicht werden, dass alle Bevölkerungsgruppen ausreichen
14 vertreten sind und eine Chance auf Partizipation nach ihrem „Geschmack“ erhalten
15 (z.B. bzgl. Redeverhalten)

16

17 Gerade in Bezug auf die „Arbeiterklasse“ werden derartige Überlegungen und
18 Maßnahmen nach unserem Verständnis viel zu selten angestellt und ergriffen. Dies
19 mag daran liegen, dass eine Zuordnung von Personen zu Bevölkerungsgruppen in
20 diesem Fall viel schwieriger ist, als die Zuordnung zum jeweiligen Geschlecht, wenn
21 nicht gar unmöglich. Das „Industrieproletariat“ oder die „Unfreien“ in der Antike (zu
22 denen im weiteren Sinne auch selbstständige Handwerker gehörten) hat sich längst
23 aufgefächert in verschiedene, teils höchst unterschiedliche Formen von
24 Erwerbstätigkeit - von klassischen Arbeitern über Angestellte bis hin zu freien
25 Mitarbeitern, Ich-AG's und Praktikanten-Jobs.

26

27 Das Erkennen und Beseitigen einer Ungleichberechtigung oder Benachteiligung setzt
28 jedoch eine solche, möglichst vernünftige und zielführende, Einteilung voraus. Als
29 Solche sollte die verwendete hypothetische Einteilung folgende Kriterien erfüllen:

- 1 • Sie sollte möglichst gut mit bestimmten Unterschieden korrelieren (also das
2 „Maximum Likelihood“-Prinzip im weiteren Sinne), die in der Juso-
3 Verbandsarbeit relevant sind, etwa Redeverhalten, Sprache, Bildungsbiographie,
4 soziales Umfeld und soziale Herkunft.
- 5 • Weiter muss sich die daraus resultierende, vermutete Ungleichheit, etwa in
6 Bezug auf Ämterverteilung im Verband, auch empirisch nachweisen lassen.
- 7 • Außerdem sollte die neu gebildete hypothetische Gruppe möglichst breit gewählt
8 sein, um die vielen möglichen einzelnen, aber zusammenhängenden
9 Einteilungen zu Umfassen. (unter diesem Gesichtspunkt ist z.B. eine spezielle
10 „Quote“ für Mütter entbehrlich, wenn die allgemeine Einteilung nach
11 Geschlechtern genügend repräsentativ die speziellen Nachteile widerspiegelt,
12 denen eine Frau speziell dadurch ausgesetzt ist, dass sie im Mittel immer noch
13 einen Großteil der Erziehung übernimmt.)
- 14 • Zu guter Letzt sollte die postulierte Einteilung natürlich „für den täglichen
15 Gebrauch“ praktikabel genug sein. Ein ständiges Nachprüfen etwa von
16 Einkommensgrenzen, Wortschatzumfang oder dergleichen dürfte sich wohl
17 kaum für die Verbandsarbeit eignen.

18

19 An diesem Punkt besteht also ein großer inhaltlicher Nachholbedarf. Die „richtige“
20 Einteilung wird sich wohl erst im Laufe der Zeit finden, sie „wächst“ wohl erst
21 gemeinsam mit den einzuleitenden Maßnahmen für diese Form der Gleichstellung.
22 Auch müssen im Verlauf des Prozesses Daten erhoben werden, die wiederum die
23 nächsten Kriterien und Maßnahmen konstruktiv beeinflussen
24 sollten. Das letzte Wort in dieser Sache wird also wohl nie gänzlich gesprochen sein.

25

26 Um der Thematik jedoch zumindest einen rudimentären Anstoß zu geben und den
27 entsprechenden Handlungsbedarf aufzuzeigen, erlauben wir uns hier eine erste
28 Einteilung als Arbeitsgrundlage zu verwenden: Wir wollen uns im folgenden mit der
29 groben Einteilung in „Berufstätige“ und „nicht Berufstätige“ zufrieden geben, wobei wir
30 unter „berufstätig“ verstehen, dass die entsprechende Person einen Großteil ihrer Zeit
31 zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts aufwendet oder bereits über einen längeren
32 Zeitraum aufgewendet hat, was sie z.B. von SchülerInnen und StudentInnen abgrenzt.
33 Bei niedrigeren Einkünften bietet sich die Sozialversicherungspflicht über einen
34 längeren Zeitraum als Grenze nach unten an. Ein Azubi etwa würde hiernach also
35 bereits als berufstätig gelten, obwohl es sich noch um eine Ausbildung handelt,
36 wohingegen etwa eine Viertel-Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter/in im Rahmen

1 einer Promotion, ein Stipendium, ein Praktikum oder ein Ferienjob noch eher als Teil
2 der Lebensphase gesehen würde, deren Schwerpunkt auf Bildung und nicht auf Erwerb
3 liegt.

4

5 Auf Abgrenzung zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten wurde bewusst
6 verzichtet, einmal weil der/die heute Selbständige nicht mehr zwingend besser gestellt
7 sein muss (siehe Ich-AG's, Scheinselbständigkeit, oder einzelne zu selbständigen
8 GmbHs ausgelagerte Abteilungen), vor allem aber, weil Überrepräsentiertheit von
9 Selbständigen wahrlich kein aktuelles Problem unseres Verbandes ist und sich das
10 Problem damit erübrigt.

11

12 Außerdem sollte der Zweifelsfall (die Definition ist ja zwangsläufig nicht exakt) stets
13 zugunsten der betroffenen Person gehandhabt werden, da dies besser zu vertreten ist
14 wie das Gegenteil.

15

16 **2.) Analyse**

17

18 Bei allen Verbesserungsmöglichkeiten, die diese Festlegung sicher noch birgt, trifft sie
19 doch in erstaunlich vielen Punkten den Kern dessen, was man intuitiv als Nachteile der
20 „Arbeiter“ ansehen würde. Im Einzelnen findet man in Übereinstimmung mit den zu
21 Beginn aufgestellten Kriterien:

22 • Gerade im frühen Juso-Alter korreliert das Merkmal „berufstätig“ zwangsläufig
23 mit der Bildungsbiographie. Diese wiederum hängt gerade in Bayern sehr stark
24 mit sozialem Hintergrund zusammen.

25 • Weiter haben diese beiden Merkmale nach wie vor einen starken
26 Zusammenhang mit Redeverhalten, Sprache und Argumentationsweise. Die Art
27 beispielsweise einer Gruppe von Studenten, an eine Fragestellung sehr
28 theoretisch und eloquent heranzugehen, kann hier bei einem ausgeprägten
29 Ungleichgewicht eine Barriere für die Zusammenarbeit bilden .

30 Auch die Themenauswahl (z.B. Hochschulpolitik vs. Berufliche Weiterbildung)
31 mag hier eine Rolle spielen, ebenso mögliche unterschiedliche
32 Herangehensweisen an die politische Arbeit vor Ort (z.B. Konzert vs.
33 Diskussionsabend).

34 • Nicht zu vernachlässigen sind auch sehr praktische Aspekte der täglichen
35 Verbandsarbeit:

1 Mangelnde freie Zeit (Urlaub, tägliche Arbeitszeit, etc.) kann etwa mit typischen
2 „Mittwoch-13-Uhr-Terminen“ kollidieren, aber auch die insgesamt in den Verband
3 eingebrachte Zeit viel stärker limitieren, als dies beispielsweise für StudentInnen
4 der Fall ist.

5 Daraus können sich schnell sehr reale Nachteile für die Betroffenen in der
6 Verbandsarbeit ergeben.

7

8 Den zu Beginn aufgestellten Kriterien folgend verschaffen wir uns nun einen ersten
9 Überblick über die Situation im Verband in Hinblick auf das Merkmal „Berufstätigkeit“.

10 Klar ist, dass im Juso-Alter (ca. 16 bis 35) die „Berufstätigen“ in der Bevölkerung
11 überwiegen. Betrachtete man verschiedene Gliederungsebenen des Juso-Verbandes,
12 so stellt man an ersten Beispielen schnell fest, dass überraschenderweise in den
13 höheren Gliederungsebenen tendenziell weniger „Berufstätige“ zu finden sind. Zu
14 erwarten wäre aber eher eine Zunahme, verbunden mit dem steigenden Alter der
15 Funktionäre. Die Ergebnisse lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen:

16 • Die Ebene der Unterbezirke ist diesbezüglich in Bayern zu heterogen aufgebaut,
17 um eine signifikante Aussage zu machen. Generell finden sich sowohl reine
18 Schüler-und-Studenten-Unterbezirke, wie auch Unterbezirke mit einer starken
19 „berufstätigen“ Basis.

20 • Auf Bezirksebene in Bayern finden sich in den Vorständen etwa eine 1:1-
21 Mischung mit leichtem Übergewicht der Studenten, wobei die Werte von Bezirk
22 zu Bezirk natürlich schwanken. Spitzenreiter dürfte hier die Oberpfalz mit nur
23 einem Studenten im Vorstand sein; Oberbayern liegt ziemlich nahe am
24 Durchschnitt.

25 • Auf Landesebene dominieren im Schnitt endgültig die „nicht Berufstätigen“.
26 Während Hessen etwa eine ziemlich ausgewogene Bilanz vorweisen kann, gibt
27 es in Bayern einen soliden „Studentenüberschuss“, allerdings weit überholt etwa
28 von Sachsen (mehr als 2/3 des Landesvorstands) und NRW (mehr als 3/4)!

29

30 Man findet also zweifelsfrei ein deutliches, in höheren Gliederungsebenen verstärkt
31 auftretendes Übergewicht der „nicht Berufstätigen“; von einer repräsentative
32 Zusammensetzung ganz zu schweigen.

33

34

35

1

2 **3.) Maßnahmen und Chancen**

3

4 Vor diesem Hintergrund erachten wir es als dringend notwendig, Maßnahmen im Sinne
5 einer Selbstverpflichtung vorzunehmen, um unseren Verband als Plattform für alle
6 Bevölkerungsgruppen zu erhalten bzw. wieder zu etablieren und Allen eine faire
7 Chance zu geben. Gerade für die Jusos sollte dies eigentlich Teil ihres
8 Selbstverständnisses sein. Der Weg führt über die Umsetzung der Zielsetzungen für
9 unsere eigene Gliederungsebene, verbunden mit entsprechenden Diskussionen und
10 Anträgen auf höheren Ebenen.

11

12 Wir schlagen daher vor, vorläufig ein festes Mindestmaß an Partizipation der
13 „Berufstätigen“ in den Vorständen der Jusos Bezirk Oberbayern und der Unterbezirke
14 zu fordern. Konkret fordern wir, das verbindlich Mindestmaß in den folgenden drei
15 Jahren 2007, 2008 und 2009 von 20% über 30% auf 40% anzuheben (die
16 Mindestanzahl ist aufzurunden). Auf diese Art soll ein weicher Übergang geschaffen
17 werden: Im ersten Jahr „genügt“ in einem 5-köpfigen Vorstand ein „Berufstätiger“ und
18 viele Vorstände, die jetzt schon ausgewogen zusammengesetzt sind, erfüllen die
19 Vorgabe ohnehin.

20 Damit fällt der nicht immer konstruktive „Quotenstress“ auch wirklich nur da an, wo er
21 nötig ist.

22 Aus diesem Grund wird auch bewusst vorläufig Abstand davon genommen, eine
23 repräsentative Zusammensetzung zu fordern. Nach Ablauf der drei Jahre sollen die
24 Erfolge evaluiert werden und ein dauerhaftes Modell nachfolgen.

25

26 Die Chancen, die sich für die Jusos daraus ergeben, sind enorm:

- 27 • Die Beseitigung von Nachteilen für „Berufstätige“ gerade in unserem Verband
28 sollte eigentlich schon aus sich heraus als Erfolg angesehen werden
- 29 • Das vielfach auftretende Problem der „Abwanderung“ von Studenten aus ihren
30 urspr. Unterbezirken lässt sich so entschärfen. Die Kontinuität der Arbeit vor Ort
31 würde rapide zunehmen, wie man heute schon bei überwiegend „berufstätigen“
32 UBs feststellen kann.
- 33 • Durch das Entwickeln einer politischen Kultur (bzgl. Diskussion, Themen,
34 Aktionen, etc.), die Platz für die ganze Bevölkerung läßt, können nicht nur neue

1 Mitglieder und Wähler erreicht werden, sie bereichert gerade durch ihre
2 Vielfältigkeit die Arbeit im Verband enorm.

3

4 AntragsstellerIn: Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

5 Adressat/Innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskonferenz,

6 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteitag

7 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

8

9 **16. Guten Appetit !**

10

11 „Zum ersten Mal in der Geschichte ist das, was in den Menschen hineinkommt
12 schlimmer, als das, was herauskommt“. In diesem Spruch eines bekannten Komikers
13 steckt leider mehr als ein Fünkchen Wahrheit. Da die Menge des Machbaren auch bei
14 der Lebensmittelproduktion viel schneller wächst, als die politisch nötigen
15 Beschränkungen, bleibt der Schutz der Verbraucher auf höchst unappetitliche Weise
16 auf der Strecke. Scharfer Wettbewerb in der Wirtschaft und die Angst vor
17 „Standortnachteilen“ in der Politik tun ihr Übriges dazu.

18

19 Wir, die Jusos Oberbayern, fordern gerade in diesem Bereich stärkere politische
20 Diskussionen und Beschränkungen, um in Zukunft Qualität und Gefahrlosigkeit im
21 Lebensmittelsektor zu garantieren, anstatt mit neuen Techniken und Inhaltsstoffen
22 russisches Roulette zu spielen.

23 In diesem Feld herrscht eindeutig an vielen Stellen Nachholbedarf:

24

25 B) Diverser Gammelfleischskandale und BSE sind nur die öffentlichkeitswirksame
26 Spitze eines Eisbergs: Die Praktiken von Tierhaltung/Transport/Lagerung gerade in der
27 Fleischindustrie, aber auch in den Legebatterie haben die Grenze des guten
28 Geschmacks längst überschritten, sowohl in Bezug auf Tierschutz, aber auch etwa auf
29 Antibiotika, Hormone und Nitrofen. BSE z.B. entstand, weil an Rinder (also
30 pflanzenfressende Wiederkäuer) Tiermehl von (erkrankten) Schafen verfüttert wurde
31 und wird.

32

33 **Hier bedarf es unsere Meinung nach schärferer Gesetze. Etwa sollte die**
34 **Käfighaltung schon längst gesetzlich verboten sein. Die Kennzeichnung**
35 **und damit der erhoffte freiwillige Verzicht der Konsumenten funktioniert**
36 **nur sehr unzureichend. Oft spricht letztendlich doch der Preis das letzte**

1 **Wort. Auch sollte etwa der Wassergehalt von Fleisch bei der**
2 **Gewichtsbestimmung eine Rolle spielen, da durch die schnelle Mast ohne**
3 **Bewegung mehr Wasser im Fleisch eingelagert wird. Der Verbraucher**
4 **bekommt also zum vermeintlich günstigeren Preis letztlich weniger Fleisch**
5 **– das Steak „schrumpft“ in der Pfanne; vom Tierschutz ganz zu schweigen.**
6

7 C) Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen wird immer wieder mit
8 völlig unzureichenden Auflagen (etwa beim jüngst genehmigten Anbau in Gatersleben
9 ein Mindestabstand zu konventionellem Anbau von 120 Metern!) genehmigt. Auch die
10 Haftung gegenüber benachbarten Betrieben im Falle einer Freisetzung muss dringend
11 gesetzlich verankert werden (Verursacherprinzip). Dabei gibt es bereits genügend
12 negative Erfahrungen, etwa der experimentelle Gen-Reis der Firma Bayer, der
13 mittlerweile wild von der USA bis nach Europa und Asien vorgedrungen ist.
14 Hier werden irreversibel Fakten für die Zukunft geschaffen, während die
15 Konsequenzen für Mensch und Umwelt nebulös bleiben.

16
17 **Wir sind der Meinung: Lasst im Labor, was ins Labor gehört!**
18

19 D) An anderer Stelle ist die Gentechnik bereits bis zum Verbraucher
20 durchgedrungen. Während die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel
21 zwar seit Rot-Grün gesetzlich vorgeschrieben ist, verhinderte die Blockade im
22 Bundesrat gleichzeitig das Verhängen von Strafen bei Verstößen. Auch beinhaltet die
23 Kennzeichnung nicht das Futter, das an Nutztiere verfüttert wird. Deutlichstes Beispiel
24 hierfür ist der kommerziell angebaute Genmais MON810, der unter anderem zur
25 Fütterung von Kühen benutzt wird, die die Milch für „Landliebe“ und „Müller“ geben.

26
27 **Die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln auf den**
28 **Menschen sind völlig ungeklärt. Wir lehnen den Verkauf von „Gen-Food“**
29 **ab bzw. fordern zumindest umfassendere Transparenz für die Verbraucher**
30 **sowie Sanktionen bei Missachtung!**
31

32 E) Auch Zusatzstoffe werden immer hemmungsloser und selbstverständlicher
33 benutzt.

34 Zwar gilt bei Lebensmitteln bereits seit langem eine Umkehr der Beweislast auf die
35 Produzenten (siehe auch „REACH“), aber die Stoffe müssen nur auf Zellkulturen im
36 Reagenzglas getestet werden. Beispielsweise treten bekanntermaßen bei manchen

1 Personen allergieähnliche Reaktionen auf bestimmten zugelassene Azofarbstoffen,
2 Konservierungsmitteln und Antioxidationsmitteln auf. Besonders appetitlich: In vielen
3 Produkten, wie z.B. Joghurt wird das Aroma fast ausschließlich von (teils
4 genmanipulierten) Mikroorganismen hergestellt - wirkliche Früchte sind da schon lange
5 nicht mehr drin.

6

7 Der jüngste Skandal ist ein weiteres Beispiel für die o.g. Defizite: „Glufosinat“, das in
8 Pflanzenschutzmitteln der Firma Bayer für Nutzpflanzen verwendet wird, ist nach einer
9 Studie der schwedischen Behörden gefährlich für die menschliche Gesundheit und die
10 Umwelt. Derzeit wird in der EU diskutiert (!) das Mittel zu verbieten.

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1
2
3
4
5

6

7

8

9

10

11

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23

Bereich C)

Resolutionen

Resolution 1) „Transrapid? – Nein Danke!“

1

2

3

4 AntragstellerIn: Jusos UB München-Land

5 AdressatInnen: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landtagsfraktion

6 Die Juso – Bezirkskonferenz möge beschließen: **Angenommen**

7

8 **1. Transrapid? – Nein Danke!**

9

10 Wir Jusos in Oberbayern fordern die Staatsregierung auf, ihre zutiefst
11 undemokratischen Maßnahmen zur Durchsetzung des Transrapid auf der Strecke
12 München Hauptbahnhof – Flughafen München sofort einzustellen und das
13 wirtschaftlich, wie verkehrspolitisch völlig unsinnige Vorhaben endgültig aufzugeben!
14 Stattdessen sollen die für den Transrapid vorgesehenen Milliarden Euro für den Ausbau
15 des öffentlichen Personennahverkehrs in München und den Bau einer Express-S-Bahn
16 zum Münchener Flughafen verwendet werden!

17 Nach zahlreichen Störfällen in Shanghai und dem tragischen Unglück im Emsland ist
18 die Diskussion um den Bau des Transrapid auf der Strecke München Hauptbahnhof –
19 Flughafen München neu entbrannt. Der Transrapid, der als das sicherste und für
20 Störungen unanfälligstes Verkehrsmittel der Welt angepriesen wurde, hat leider
21 eindrucksvoll bewiesen, dass er das nicht ist.

22 Gleichzeitig versuchen der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, sein
23 Wirtschaftsminister Erwin Huber und dessen Vorgänger Otto Wiesheu, in seiner neuen
24 Funktion als Lobbyist der Deutschen Bahn AG, den Bau des Transrapid über den
25 Willen der betroffenen Gemeinden und der betroffenen Menschen in der Region
26 München hinweg zu forcieren und vollendete Tatsachen zu schaffen.

27 Bei einem Fahrgastaufkommen, das selbst nach höchsten Schätzungen, 21.500
28 Menschen pro Tag nicht übersteigen wird, und dagegen realistisch geschätzten
29 Baukosten von 1,5 bis 2 Milliarden Euro, ist der Transrapid ein reines Prestigeobjekt
30 der Staatsregierung, das keinen verkehrspolitischen Sinn hat. Die Tatsache, dass der
31 Transrapid auf der vorgesehenen Strecke seine Höchstgeschwindigkeit überhaupt nicht
32 erreichen kann, vermag dies eindrucksvoll zu belegen.

33 Angesichts der Lärmbelastung für die Anwohner – der Transrapid wird durch den dicht
34 besiedelten Norden Münchens, also auch durch die Wohngebiete der
35 Landkreisgemeinden Unter- und Oberschleißheims geführt werden müssen –, sowie
36 der erheblichen Auswirkungen, die eine kilometerlange Trasse von 3 Meter hohen

1 Betonsäulen auf die Natur und Umwelt hat, ist die Politik der Staatsregierung
2 verantwortungslos.

3 Gleichzeitig übersteigen die für das Projekt Transrapid vorgesehenen Ausgaben alle
4 Investitionen, die jemals für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehr in
5 München aufgewendet wurden – obgleich auf diesen jeden Tag 780.000 Fahrgäste
6 angewiesen sind, also 37 mal mehr Menschen als den Transrapid benutzen würden.
7 Die CSU zeigt einmal mehr, dass sie die Interessen der Mehrheit der Menschen in
8 diesem Land zu Gunsten einiger weniger Privilegierter mit Füßen tritt.

9 Der Transrapid ist eine Ausgeburt der selbstgefälligen Profilierungssucht der
10 Staatsregierung. Das Projekt ist verkehrspolitisch Unfug und verschwendet Unsummen.
11 Und das alles nur, damit Stoiber, Huber und Konsorten sich ihrer angeblichen
12 Wirtschaftskompetenz brüsten können und nach dem Hin und Her des vergangenen
13 Jahres in Berlin verlorenes Ansehen zurückgewinnen können. Die Zeche zahlen die
14 Menschen in Bayern: Wie jene über eine Million Einwohner im Großraum München, die
15 jeden Tag unter überfüllten U-Bahnen, verspäteten S-Bahnen, sowie nur unregelmäßig
16 und obendrein viel zu selten fahrenden Bussen leiden.

17 Diese Politik ist verantwortungslos. Politisches Handeln muss sich am dem Interessen
18 der Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Im Mittelpunkt darf nicht die
19 selbstgefällige Profilierungssucht der Handelnden stehen. Politik ist für den Menschen
20 dar, nicht für die Politiker.

21 Deshalb lehnen wir Jusos den Transrapid entschieden ab und fordern alle Menschen in
22 Oberbayern auf, gemeinsam mit uns den Münchener Oberbürgermeisters Christian
23 Ude in seinem Kampf gegen das Projekt zu unterstützen.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

1
2